

Volkstimme

Einzelpreis 15 Pfennig

Tageszeitung der Sozialdemokratischen Partei

Die „Volkstimme“ erscheint an jedem Wochentag abends. — Verantwortlich: Albert Pauli, Magdeburg. — Verantwortlich für literarische Beiträge: Wilhelm Bindau, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Pfannkuch & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 8. — Fernrufnummer: 411. — Postfachnummer 2. Nachtrag Seite 110. — Bezugspreis: Monatlich 2,00 Mark, halbjährlich 1,00 Mark, Einzelpreis 15 Pfennig, Sonntags 20 Pfennig

Anzeigenpreise: Die 10spaltige 27 Millimeter breite Nonparelletze, täglich 20 Pf., auswärts 30 Pf., Familienanzeigen und Stellengesuche 12 1/2 Pf., Vereinskalendar 30 Pf., die dreispaltige 30 Millimeter breite Reflektierte, täglich 100 Pf., auswärts 150 Pf., Abgabe geht verloren, wenn nicht binnen 10 Tagen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Für Platzverrichtungen keine Gewähr. Erfüllungsort Magdeburg. Postfachkonto Nr. 123 Magdeburg.

Nr. 128.

Magdeburg, Sonnabend den 5. Juni 1926.

37. Jahrgang.

Der rote Kommiß.

Als die erste Welle der Revolution über uns hinweggebraust war und die feudalen Kavaliere der vornehmen Münchner Regimenter ganz klein im Mausloch saßen, kam jede Woche ein alter Freund zu mir in die Provinzgarnison herausgefahren, um der „Volkswehr“ des sozialistischen Militärministers seine guten Dienste anzubieten. Ich habe es bis jetzt keinem der nunmehr im bayrischen Heim- und Königsbund paradiesierenden Herren frumm genommen; denn nach einem arbeitsreichen Leben beim „Kommiß“ schmeckt der Zigarettenhandel und das Versicherungsgeschäft herzlich schlecht. Eines Tages kam einer unserer wildesten „Exerzierer“ zu mir:

„Du, Schützinger, hör mal, Du bist doch bei der „Roten Armee“?“

„Ja wo! Wir sind „Republikanische Schutztruppe“ und fechten lediglich für die Republik!“

„Ach was, ist ja ganz egal! Ob kommunistisch oder sozialistisch! Ihr habt doch wenigstens noch einen Beruf!“

„Bis auf weiteres ja.“

„Na also, hast Du nichts für mich?“

„Ja wie stellst Du Dich denn zur Republik?“

„Mir wurscht! Weißt Du, ich möchte bloß wieder einmal die Kerle runtschwänzen können, daß ihnen die Kerle tropfen! Alles andre ist mir ganz egal!“

Dieses Bekenntnis einer schönen Seele, eines freudigen, unbedorbenen Menschen, der nur eins kannte, sein Metier, ist mir seitdem im Gedächtnis hängen geblieben, dieser Schnuckschrei einer zwangsweise zum Zivilisten degradierten Soldatenmatur: „Nur einmal noch, nur einmal im Leben seit runtschwänzen dürfen“, als Gipfel der Seligkeit!

Nun hat mir der Bericht eines Eugenbergorrespondenten aus Moskau unter dem plastischen Titel „Das rote Schwert“ dieses Erlebnis wieder ins Gedächtnis zurückgerufen. Ein braver Landsknecht sieht sich durch die Rot der Zeit gezwungen, seinen bunten Rock an den Nagel zu hängen und als Sonderberichterstatter des Herrn Eugenbergs sein Brot zu verdienen und wühlt sich unter Verächtlichmachung der militärischen Gemüter der Leser des „Lokalanzeigers“ und des „Tages“ als Angriffspunkt ausgerechnet die Rote Armee. Zunächst ein kleines Plädoyer zwischen den Zeilen für den Nationalsozialismus und die große Bedeutung der russischen Armee, die neben dem französischen Feldheer das einzige wirkliche „Kriegsinstrument“ Europas sei; eine Unterschätzung ihrer Schlagkraft könne sich an Europa noch einmal bitter rächen.

Dabei hat sich der deutschnationalen Ruslandfahrer mit demselben Augenzwinkern, das den Herren Ehrhardt und Oberst Bauer eine besonders gute Behandlung durch die Moskowiter sicherte, einen richtiggehenden „roten“ Patrouillenkommandeur als Führer besorgt und sich dadurch Einblick in die tiefsten heiligen Geheimnisse des Räteheeres verschafft.

Dieser rote Patrouillenkommandeur ist trotz seines Genommensehlers für den Korrespondenten ein „fanatischer Soldatentyp“. Er hat den ganzen Weltkrieg von Lannenberg bis zum Ende mitgemacht und „sich dann an allen Ecken und Enden mit den weißen Generalen herumgeschlagen, ein richtiger Landsknecht, dem die ganze Politik höchst gleichgültig zu sein scheint“.

Das „glatte Gesicht“ hat der schwarzweigräte Berichterstatter übrigens bei „fast allen Offizieren und Soldaten“ gehabt. Er nimmt ihnen den Dienst unter der roten Fahne gar nicht krumm; denn erstens steht die Sache ja sehr weit und flott aus und zweitens ist ein großschichtiger Kommiß jedem deutschen Manne doch nicht so in der Seele zu wider als ein knochenweichlicher Passifl!

Und nun rollt der Film von der herrlichen Roten Armee über Eugenbergs Truchpapier: feldbraune Hüfen und Messerstücke mit farbigen Krugenspiegeln, Brustabzeichen, die dunkelblauen, elegant geschnittenen „Jacks“ der Wägen, die farbigen Hüfen der G.-R.-L.-Truppen, die nationale lange Tscherkeskaja der kaukasischen Reiter! Dann die große Parade am „Roten Platz“! Einmal herrlich! 3000 Mann stehen in der Front und „alle Feldsoldaten mit militärisch geschultem Mund“ beschäftigen, was für ein überaus glanzvolles, kriegerisches Schauspiel! Das geschah im Jahre 1920!

Wenn diese Kriegsinstrumente! Geschäfte, Gewehre, Munition oder Koliber erzeugt man in Kasien, in Taganrog, in der Nähe der Krieg vor der Tür“, eine Fabrikanten geradezu in die Luft zu sprengen! Bei dieser Gelegenheit hat die

für die man bei uns höchstens ein paar Tage ins Loch gekommen wäre, kriegt man dadrüber Zwangsarbeit, Verschickung nach Sibirien und „nicht gerade selten“ wird man gehängt!

Außer Dienst braucht man die Offiziere zwar nicht zu grüßen: die „Bauernjungen“, die im Dienst gerade wie früher die Knochen zusammenreißen müssen, fingern jedoch zum Entzücken des „Lokalanzeiger“-Mannes, wie er mit seinem roten Kommandanten die Kasernenstube betritt, an ihrer Kasernnacht herum. Sie „hätten viel lieber salutiert“ vor ihrem Major und dem flotten Zivilisten von Eugenbergs „Tag“!

Im übrigen ist es ganz wurscht, ob man seinen Vorgesetzten „Herr Major“ anredet oder „Genosse Bataillonskommandeur“ zu ihm sagt. Die Hauptsache ist: „Es wird tüchtig gebimt. Auf den Kasernenhöfen dröhnen die Gewehrgriffe, klappt taktmäßig der Einzelmarsch zum rauhen Schmäuzen der Korporale wie im Preußen des Alten Fritz.“ Wie sagt doch mein Freund von Anno dazumal: „Nur einmal im Leben die Kerle runtschwänzt!“

Sermann Schützinger.

Justizreformen.

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter wird uns geschrieben:

Die Justiz, insbesondere die preussische Justiz, bildet ein Sorgenkind der deutschen Republik. Die Dinge, die wir bis in die letzten Tage hinein erlebt haben, sind nicht geeignet, das Vertrauen zu einer Institution zu heben, die noch stets im entscheidenden Augenblick versagt hat, und nur die Einsicht, daß nichts gefährlicher ist als Resignation und Fatalismus, kann uns dazu bewegen, immer erneut auf Schäden hinzuweisen und ihre Ursachen bloßzustellen. Man gewinnt in ständig wachsendem Maße den Eindruck, daß der Personalreferent im preussischen Justizministerium seine Hauptaufgabe darin erblickt, den richtigen Mann an die verkehrte Stelle zu setzen; sonst wäre es nicht möglich, daß als Untersuchungsrichter beim Polizeipräsidium Berlin Herr Amtsgerichtsrat Dr. Strudmann fungiert, der der Deutschvölkischen Freiheitspartei nahesteht und nichts eiliger zu tun hatte, als den ersten und einzigen auf Grund der Putschaffäre verhafteten Hochverräter, Oberst von Lud, freizulassen, weil seines Erachtens eine Verdunklungsgefahr nicht vorlag!

Ist es bei diesem in uns allen tief verwurzelten Mißtrauen der preussischen Justiz gegenüber verwunderlich, daß die Öffentlichkeit fast völlig darüber hinweggeht, wenn wirklich einmal aus dem Hause in der Wilhelmstraße 60 so etwas wie ein vernünftiger Reformgedanke hervorgeht? Ist es verwunderlich, daß alle Eingeweihten schamlos nach dem Urheber der Reform fragen, den sie überall, nur nicht in diesem Gebäude, vermuten? Und doch ist es notwendig, daß die Öffentlichkeit, insbesondere die Arbeitererschaft, an Dingen Anteil nimmt, die sie härtestens betreffen, damit sie gegebenenfalls unter Berufung auf gewisse Meinungen sabotierende Richter an ihre Pflichten erinnert.

Vor einigen Wochen erschien ein Erlass des preussischen Justizministers, der sich mit der Frage der Strafzumessung befaßte. Die Prüfung der Straffallen, insbesondere des Gnadenrechts, das übrigens von dem einzigen Sozialdemokraten im Justizministerium, Rosenfeld, bearbeitet wird, ergab, daß die Feststellung des Tatbestandes und die Einordnung der strafbaren Handlung unter das richtige Strafgesetz der Frage der Strafzumessung gegenüber einen allzu großen Spielraum einnehmen. Die subjektive Theorie, die sich in der neuern Strafrechtspflege und Strafrechtswissenschaft ohnehin in steigendem Maße Bahn gebrochen hat und die insbesondere vom Reichsgericht der ständigen Rechtsprechung zugrundegelegt wird, soll nunmehr auch in der Beurteilung der strafbaren Handlung mehr als bisher zur Geltung kommen. Die Tat soll nämlich nicht als objektives Verbrechen, sondern als Handlung eines bestimmten Täters gewertet werden, wozu erforderlich ist, daß Staatsanwaltschaft und Gericht über alle für die Beurteilung der Persönlichkeit des Täters wesentlichen Punkte vom Beginn der Voruntersuchung an hinreichend unterrichtet sind.

In dieser Stelle erhebt sich der Erlass des preussischen Justizministers zu einer Kritik an den Staatsanwälten, wie sie vernichtender und — aus diesem Grunde überraschender nicht gedacht werden kann. Die Frage der Strafzumessung, so heißt es in dem Erlass, wird in den

Urteilsgründen „oft in nur wenigen Zeilen, mitunter nur mit einigen nichtsagenden, immer wiederkehrenden Redewendungen erörtert“, während die Frage der eng mit der Strafzumessung zusammenhängenden bedingten Strafausssetzung häufig offen bleibt. Die Staatsanwälte werden deshalb mit aller Eindeutigkeit veranlaßt, das Vorleben des Täters und seine persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse zur Zeit der Tat, das Maß seiner Einsicht und den Einfluß krankhafter oder sonstiger Störungen auf seinen Willen zur Zeit der Tat, Beweggründe und Anreiz, den verfolgten Zweck und die angewendeten Mittel usw. ihren Ausführungen zugrunde zu legen. Ferner soll bei der Festlegung des Strafmaßes das Verhalten des Täters nach der Tat, insbesondere ob er sich um Wiedergutmachung des Schadens bemüht hat, berücksichtigt werden; weiter sind seine gegenwärtigen persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse oder die aus der Beurteilung oder Strafvollstreckung für ihn oder seine Familie zu erwartenden Nachteile (Verlust einer Stellung usw.) genau zu prüfen.

Die beste Verordnung, das sozialste Gesetz helfen nichts, wenn sie nicht in dem Geiste ausgeführt werden, aus dem heraus der Gesetzgeber sie geschaffen hat. Das gilt nicht nur für die hier geschilderte Anordnung an die Staatsanwaltschaften Preußens — es gilt mindestens so sehr für Ausführungen, die der preussische Justizminister über Neurenungen im Gefängniswesen herausgab und die, wohl aus jener oben geschilderten Resignation heraus, gleichfalls von der Öffentlichkeit bei weitem nicht genügend beachtet wurden. Es handelt sich hierbei um den Versuch, die Erfahrungen des „Progressivsystems“, d. h. der allmählichen Milderung des Strafwangs, in größerem Umfang als bisher praktisch wirksam zu machen. Zu diesem Zwecke hat man zunächst in einigen preussischen Gefängnissen, nämlich im Jugendgefängnis in Bittlich und in den Strafgefängnissen in Plochensee, Anrath, Lüttringhausen und Halle a. d. S., den Gefangenen der obersten Stufe ein gewisses Selbstverwaltungsrecht eingeräumt. Sie sollen während der arbeitsfreien Stunden im Verkehr miteinander größere Bewegungsfreiheit genießen: für die Feiertage wird ein gemeinsamer Zusammenkunftsraum zur Verfügung gestellt, in dem Bücher, Zeitungen, Unterhaltungsspiele wie Schach usw. vorhanden sind; selbstgewählte Obmänner haben für die Aufrechterhaltung der Ordnung zu sorgen. Unverkennbar liegt in diesem Versuch, die Gefangenen auf die Zeit der Freiheit vorzubereiten, eine Anlehnung an den amerikanischen Strafvollzug, und es kann schon jetzt die Vermutung ausgesprochen werden, daß die bisherigen Erfahrungen sich in einer Weise bewährt haben, die ihre Uebertragung auf sämtliche übrigen Strafanstalten als zweckdienlich und notwendig erscheinen lassen.

Von den für die Öffentlichkeit bemerkenswerten Rechtsreformen sei noch die Abmilderung des furchtbaren § 218 des Strafgesetzbuchs erwähnt, der bei Abtreibung aus wirtschaftlicher Not und beim Fehlen des erwerbsmäßigen Charakters nun endlich wenigstens Gefängnisstrafe ohne Mindestgrenze an Stelle der bisher zwingend vorgeschriebenen Zuchthausstrafe vorzieht — wahrlich ein kühner Kompromiß, das gegen den Widerspruch der Sozialdemokraten im Rechtsausschuß des Reichstags zustande kam und nur insofern einigermaßen positiv gewertet werden kann, als es die Möglichkeit gibt, das moriche Bollwerk des § 218 mit größerer Aussicht auf Erfolg als bisher zu bereinigen.

Das Geschehen ist, können wir nicht gut anders als mit dem alten Worte von den „Vollkornmehlischen des bürgerlichen Staates“ bezeichnen. In einer Zeit aber, die in der Stagnation des revolutionären Gedankens steht, muß die Arbeitererschaft alles daransetzen, die Gerichte zu einer Anwendung der wenigen Normen zu zwingen, die auf eine Durchsägung der Justiz mit neuzeitlichem Geiste schließen lassen.

Große Koalition?

Das „Berliner Tageblatt“, das selber entschieden für die große Koalition eintritt, hat zwei Volksparteiler, die Abgeordneten Rahl und Koldenbauer und einen Sozialdemokraten, Paul Löbe, nach ihrer Meinung über dieses Thema befragt. Alle drei Antworten lauten im Sinne des Befragers wenig tröstlich.

Professor Dahl polemisiert wohl entschieden gegen den Grundgedanken der Deutschnationalen, daß nur eine große

Urteil im Groschenprozeß.

Am Donnerstag wurde im Braunschweiger Stöckel-Prozeß nach zweistündiger Beratung folgendes Urteil verkündet:

Die Berufung der Staatsanwaltschaft wird zurückgewiesen. Der Berufung des Angeklagten wird stattgegeben, sofern es sich um die Dienstreisen mit Freifahrtsein nach Berlin handelt, die angeblich zu Privatgewinnen erfolgt sein sollten. Wegen der übrigen Vergehen wird er zu einer Gefängnisstrafe von einem Monat verurteilt. Dagegen ist die Aberkennung der Befähigung zur Bekleidung öffentlicher Ämter auf die Dauer von zwei Jahren, auf die der Vorderrichter auch erkannt hatte, fallen gelassen worden. Das vorinstanzliche Urteil lautete auf 2 Monate Gefängnis.

Der Staatsanwalt hatte in der Vorinstanz 8 Monate Gefängnis und eine dreijährige Aberkennung der Befähigung zur Bekleidung öffentlicher Ämter beantragt, während derselbe Staatsanwalt in diesem Verfahren sich an das erstinstanzliche Urteil anlehnte und selbst die besonders harte Bestimmung der zweijährigen Aberkennung der Befähigung zur Bekleidung öffentlicher Ämter fallen ließ.

Das Urteil überraschte sämtliche Prozeßbeteiligte, da man nach den vorzüglich aufgebauten Plaidoyers der Rechtsanwältin Eych und Klee (Berlin) mit einem sichern Freispruch gerechnet hatte.

Nun wird's still werden.

Amlich wird mitgeteilt: Der Rektor der Technischen Hochschule in Hannover hielt am Mittwoch den 2. Juni gemeinsam mit zwei Mitgliedern des Hochschulrates im Kultusministerium Vortrag über die Ausschreitungen der Studenten in Hannover. Das Preussische Kultusministerium hat nunmehr an den Rektor der Technischen Hochschule in Hannover folgenden vom 3. Juni datierten Erlaß gerichtet:

Die erneuten erheblichen Störungen der Ruhe und Ordnung in der Hochschule geben mir Anlaß, folgendes zu bestimmen:

1. Die Disziplinarverfahren gegen die schuldigen Studenten sind mit größter Beschleunigung durchzuführen. Ich erwarte, daß einzelne Fälle in den nächsten Tagen abgeurteilt werden.
2. Da bei den Vorwurfszweckungen gegen das Strafrecht begangen worden sind — in Betracht kommen vor allem die §§ 240, 113 und 123—125 Strafgesetzbuch — ist sofort Strafanzeige zu stellen.
3. Es sind alle geeigneten erscheinenden Schritte zu tun, um eine Wiederholung der Ruhestörungen zu verhindern und die Durchführung der Vorlesung des Professors Lejting, wie jedes andern Dozenten, sicherzustellen. Wegen der zu diesem Zwecke erforderlichen Maßnahmen erlaube ich, sich gegebenenfalls mit dem Herrn Staatskommissar in Verbindung zu setzen.
4. Falls sich weitere Störungen der Ruhe und Ordnung ereignen, wird die sofortige Schließung der Hochschule unvermeidbar sein. Die Schließung würde den Rest des Semesters für sämtliche Studierende zur Folge haben.

Ueber das Veranlaßte ist mir unzugänglich zu berichten. Der Inhalt meiner Anordnung ist den Studierenden sofort bekanntzugeben.

A. B. gez. Lammers.

Abdruck dieses Erlasses in dem Staatskommissar der Technischen Hochschule in Hannover zugegangen. Staatskommissar ist der Oberpräsident in Hannover.

Wenn man hört, was in diesem Erlaß drohend versprochen wird, werden die wildesten der nationalistischen Lausbuben, die sich fälschlich den Namen „Studenten“ zuleigen, zum wie jämmerlichen Schandale werden; denn so unbeschämte Frech wird die Gesellschaft nur, weil sie bisher mit Recht glauben durfte, niemand würde gegen sie, die dreimal geheiligten halbkreisförmigen „Studenten“ energisch vorgehen.

Flaggenkampf und Auslandsdeutsche

Aus Buenos Aires wird dem „Sozialdemokratischen Pressedienst“ geschrieben:

In dem durch das Dekret des Reichspräsidenten neu begebenen Flaggenkampf hat sich die Deutschrepublikanische Vereinigung für die La-Plata-Staaten mit folgendem Manifest an die Öffentlichkeit gewandt und lebhaftesten Nachhall in der argentinischen Presse aller Richtungen gefunden:

Das Dekret des deutschen Reichspräsidenten, das die offizielle Wiederwendung der kaiserlichen Flaggenfarben durch die Auslandsvertretungen des Reiches verfügt, hat bei allen deutschen Republikanern am La Plata schmerzliche Heberaufregung hervorgerufen.

Die Verfügung verstößt in jeder Beziehung vollkommen gegen Zweck. Der Flaggenkampf, in letzter Zeit im Abflauen begriffen, wird nunmehr von neuem entfacht und im Auslandsdeutschtum offiziell verewigt. Bedenklicher ist es, daß das Ausland in dieser Verfügung, die gegen die Verfassung verstoßt, ein Wiederanknüpfen militärisch-diktatorischer Geleise der deutschen Regierung erblicken muß. Im Deutschen Reich selbst erscheint das Dekret als beschämende Preisgabe des republikanischen deutschen Reichswillens an die Gegner der deutschen Republik.

Die Deutschrepublikanische Vereinigung nimmt deshalb mit diesem Manifest Stellung zu der Verfügung des Reichspräsidenten und erklärt, daß sie sich eines Sinnes weiß mit den Millionen Deutschen im In- und Auslande, die im Interesse der Republik und des deutschen Vaterlandes der Reichsvergewaltigung nicht folgen werden auf ihrem Abwege einer übertriebenen Verehrung zu unzulässiger und materieller Nachgiebigkeit an ehemals regierende Defektoren, die heute Ansprüche auf heimisches Volkserwägung erheben.

Das Dekret des Reichspräsidenten beruht auf grundgesetzlichen Irrtümern. Die überwindende Mehrheit der Auslandsdeutschen in Südamerika ist im Deutschen Reich politischen Fragen weit indifferent, als Sündenbögen und jenen Verächterhafter Fehde glauben möchten. Was bedeutet es denn im Hinblick auf das Ganze, wenn von der reichlichen Millionen Deutschbürtigen, die Südamerika bewohnen, in Rio de Janeiro 1700 Reichden für sich schwarzweiß erklären? Während sind die Hauptkämpfer des deutschen Nationalismus nicht freiwillig oder aus Geschäftserwägungen für und Wähler der südamerikanischen Staaten geworden und dürfen damit wohl das letzte Anrecht zur Willensäußerung im Deutschlands politischen Fragen aufgegeben haben. Der alldeutsche Urwaldstromper Eugen Hoquet — von Seite aus Sozialist und Franzose — ist Brasilianer, und Herr Emilio Lantz, dessen „Deutsche La-Plata-Revue“ sich heute für das Mitbestimmungsrecht der Aus-

landsdeutschen einsetzt, ist Argentinier und hat vor zwei Monaten in seinem Blatte vor Begeisterung über den Francoflug spanisch gestammelt.

Aus Blumenau, der „deutlichsten unter den deutschen Kolonien Südamerikas“, haben zwei Männer — ein Apotheker und ein Arzt — im Kriege den Weg zur deutschen Kampffront gefunden. Nach ihrer Rückkehr aus dem Kriege wurden sie von den dortigen Werbankstrategen als demokratisch verweichte schlechte Deutsche infamiert und hinausintrigiert.

Das tatsächliche Verhältnis der Deutschbürtigen Südamerikas zu Deutschland wird, soweit es überhaupt besteht, unter dem wirtschaftlichen Drucke der Emporkömmlinge, die ihrem oft gegen deutsches Interesse gemachten Reichtum eine „vornehme“ Weltanschauung schuldig zu sein glauben, und durch das Geschrei der alkoholisch leistungsfähigsten hiesigen Vereine in völliger Entstellung von drüben aus gesehen. Die wenigsten Auslandsdeutschen sind in der Lage und auch im Grunde gewillt, einer mutwilligen Verschlechterung des Verständnisses zwischen Deutschland und den teils ehemals feindlichen Staaten Südamerikas sorgenlos mitanzusehen.

Die energische Kritik der Presse des im Kriege neutralen Argentinien an der Haltung der deutschen Regierung sollte in Berlin als Warnung mehr Beachtung finden, als alle Zustimmungstelegramme der unberufenen Wortmünder des Auslandsdeutschtums.

Schwarzrotgold gerichtlich verboten

Eine unglaubliche Entscheidung leistete sich der Amtsgerichtsrat Drießen vom Amtsgericht Bochum anläßlich der Bochumer Kolonialtagung.

Der Hauswirt Stratmann des im zweiten Stode des Hauses Köpferstraße 48 wohnenden Apothekers Gerstorff hatte gehört, daß sein Mieter während der Kolonialtagung mit einer schwarzrotgoldenen Fahne flagen würde. Der Hauswirt setzte daraufhin seinen Mieter davon in Kenntnis, daß er aus dem Fenster der Mietwohnung eine schwarzweißrote Fahne hängen würde. Als sich der Mieter diesem Verlangen widersetzte, ermittelte der Hauswirt eine einstweilige Verfügung des Amtsgerichtsrats Bochum, daß der Mieter unter Androhung einer Strafe von 50 Mark der Forderung des Hauswirts stattzugeben habe unter der Begründung, daß der Mieter nur mit Genehmigung des Hausbesizers einen Fahnenhalter anbringen und die Fahne heraushängen könne. Die schwarzrotgoldene Fahne sei demnach sofort zu entfernen.

In Abwesenheit des Mieters wurde von einem Gerichtsvollzieher mit einem Polizeioberwachmeister und einem Schlosser die Wohnung gewaltsam geöffnet, die schwarzrotgoldene Fahne beseitigt und auf den Boden gelegt. Gemäß der einstweiligen Verfügung wurde der Mieter zur Zahlung einer Strafe von 50 Mark verurteilt.

Wie wir hören, ist von dem Rechtsbeistand des Mieters Beschwerde bei dem Reichsjustizministerium erhoben worden.

Steuerscheu der Großagrarien.

Das Steuerzahlen erweckt bei keinem Staatsbürger besondere Freude, am wenigsten bei den Herren von Ur und Galm. Wo es ihnen möglich ist, sich von der Zahlung zu drücken, tun sie es mit besonderem Vergnügen.

Zu denen, die so handelten, gehört auch der Rittergutsbesitzer in Wofellen, Kreis Gerdaun, Herr Landespräsident Dr. jur. Steputtat. Eines Tages wurde sein Verhalten dem Finanzamt in Gerdaun doch zu viel und es ließ bei dem Pächter einige Pachteinnahmen pfänden. Diese „Friederei“ konnte sich Herr St. nicht gefallen lassen. Er nahm deshalb auch Rache. Da es ihm etwas riskant erschien, persönlich beim Finanzamt um Freigabe der gefänderten Einnahme vorstellig zu werden, kam er auf den Einfall, den Arbeitern einfach den Lohn mit der Erklärung vorzuenthalten. Sie sollten sich denselben vom Finanzamt holen, da er nach Fällung der Pachteinnahmen kein Geld mehr habe.

Die Arbeiter weigerten sich, worauf der noble Herr einfach die Verfügung erließ, daß ein Teil der Landarbeiter zum Finanzamt zu fahren und dort die Freigabe der gepfändeten Einnahmen zu fordern habe. Unterwegs scheuten die Pferde, der Wagen wurde gegen einen Baum geschleudert und ein Pferdant wurde erheblich verletzt. Die Arbeiter fuhren darauf zurück, ohne nach Gerdaun gekommen zu sein. Das geschah Herrn St. nicht, weshalb er am nächsten Tag eine neue Fahrt anordnete. Er selbst empfing die Leute am Finanzamt, um ihnen die notwendigen Instruktionen zu erteilen.

Wie nicht anders zu erwarten war, wurden die Arbeiter darüber aufgeklärt, daß die Lohnzahlung mit der Pfändung nichts zu tun habe, und man riet ihnen, nach Hause zu fahren. Trotzdem hatte Herr St. erreicht, was er wollte, nämlich den Schein zu erwecken, als wenn auch unter den Landarbeitern eine starke Empörung über das an sich ganz gerechtfertigte Vorgehen des Finanzamts herrschte. Durch alle deutsch-nationalen Blätter Ostpreußens und wahrscheinlich aus des Reiches geht nun die Klar vom dem „Sturm der Landarbeiter“ auf das Finanzamt in Gerdaun und von der ungerechten Steuerforderung des Staates gegenüber den „armen Großagrarien“.

Der Landarbeitersturm hatte aber anscheinend nicht den genügenden Erfolg gebracht, was Herrn St. als Führer des Landwirtschaftsverbandes des Kreises Gerdaun Bemerkung gab, die Landwirte des Kreises zu mobilisieren. Sie wurden vor einigen Tagen zu einer großen Versammlung zusammengerufen, um gegen die Rigorosität des Finanzamts zu protestieren. Vielleicht trug sich Herr St. auch mit der Absicht, die Versammlungsteilnehmer gleichfalls auf das Finanzamt loszugeben. Der Verlauf der Versammlung läßt das wenigstens vermuten. Es wurde der Antrag gestellt und angenommen, einen „Aktionsausschuß“ zu bilden, der über die zu unternehmenden Schritte Beschluß zu fassen hat, da endlich gehandelt werden müsse, und der Beschluß gemacht, geschlossen zum Finanzamt zu gehen und Verabfolgung der Steuern zu fordern.

Besonders der letzte Beschluß wurde, wie nach den vorausgesetzten Voraussetzungen nicht anders zu erwarten war, mit höchster Begeisterung aufgenommen, so daß nach dem Bericht des Landwirtschaftsverbandes der Vorsitzende nur schwer in der Lage war, den „Aufmarsch vor dem Finanzamt“ zu verhindern. In der Versammlung rühmte sich Herr St. damit, daß er schon jahrelang keine Steuern gezahlt habe und seine Berufskollegen ebenso handeln müssen.

Es ist notwendig, daß die Staatsbehörden und gegebenenfalls der Staatsanwalt auch den Vorgängen im Kreise Gerdaun ihre ganze Aufmerksamkeit widmen. Die Aufmerksamkeit ist dort um so berechtigter, als feststeht, daß das Organ des Landwirtschaftsverbandes in Ostpreußen merkwürdig oft direkt und indirekt zur Selbsthilfe, zum „Wingersturm von Berncastel“ aufgefordert hat.

Der Bergarbeiterstreik.

Die englischen Bergbauunternehmer haben am Donnerstag einen Schritt unternommen, der darauf hinziet, den toten Punkt in der Kohlenkrise zu überwinden. Als Ergebnis einer Sitzung des Vorstandes der Unternehmerorganisation hat deren Vorsitzender Williams einen persönlichen Brief an Herbert Smith, den Vorsitzenden des Bergarbeiterverbandes gerichtet, in dem dieser eingeladen wird, sich mit einem kleinen, aus Unternehmern zusammengesetzten Ausschuß zu treffen, um, wie es in dem Schreiben heißt, festzustellen, ob angesichts der schweren Wirkungen der Krise auf die britische Industrie und der großen Not unter den Bergarbeitern irgendeine Aussicht auf Erfolg vorhanden wäre, falls die offiziellen Verhandlungen wieder ausgenommen würden.

Da der Vorsitzende des Bergarbeiterverbandes sich aus Anlaß einer Sitzung der Bergarbeiterinternationale in Brüssel aufhält, ist bis zu seiner Rückkehr keine Änderung der Lage zu erwarten. Der Schritt der Unternehmer ist eine Folge des Druckes, der von der Schwerindustrie und den Großbanken auf die Bergbauunternehmer ausgeübt worden ist angesichts der verheerenden Rückwirkungen der Krise auf die übrigen Industrien.

Seit Donnerstag erscheint zum erstenmal eine Zeitschrift „Der Bergarbeiter“, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, den Falschmeldungen der kapitalistischen Presse in der Bergbaukrise entgegenzutreten. Der Herausgeber der Zeitschrift ist der Chefredakteur des „New Leader“.

Am Freitag tritt in Brüssel ein internationales Bergarbeiterkomitee zusammen zur Besprechung der englischen Streiklage. Von den Engländern kommen außer Hodges noch Smith, Cook und Richardson.

Notizen.

Bürgermeister Neumann zurückgetreten. Der Lübecker Bürgermeister Neumann hat am Donnerstag seinen Rücktritt vollzogen, nachdem ihm am Mittwoch von der Bürgerschaft zum zweitenmal das Mißtrauensvotum ausgesprochen worden war. Das zweite Mißtrauensvotum hätte sich der verunglückte zukünftige Vikarurlangler ersparen können durch sofortigen Rücktritt nach der ersten Abstimmung. So hätte es die politische Moral erfordert, aber man findet leichter im Hundespaß Wurst, als solche Eigenenschaft bei Rechtsradikalen.

Ueberfall auf Reichsbannerleute. Ein unglaublicher Rohheitsakt spielte sich am Mittwoch ab gegen 10 1/2 Uhr in Berlin-Wilmersdorf ab. Ein Zug der Nationalistischen Arbeiterpartei marschierte mit Gesang durch die Straßen und wurde von einer auffallend großen Menge begleitet. Es waren dies hauptsächlich junge Burden, die keine Parteiabzeichen trugen. Sie alle trugen starke Eisenknüppel und dienten als Wachposten der Demonstranten, die bekanntlich nach einer Verjagung der Polizei Waffen oder Stöcke nicht bei sich führen dürfen. Aus diesem Grunde hatten sie ihre Begleiter damit ausgerüstet, und diese fielen über mehrere Reichsbannerleute her und schlugen auf diese mit ihren Stöcken und Schlagringen ein. Dabei wurden fünf Reichsbannerleute durch Niedrücken verletzt und mußten die Hilfe der Rettungswache in Anspruch nehmen. Der Polizei gelang es, den Haupttäter zu fassen.

Abrüstung und Reservisten. Dem Beschluß der Militärkommission der vorbereitenden Abrüstungskonferenz, wonach mit 9 gegen 4 Stimmen (England, Deutschland, Nordamerika und Bulgarien) entschieden wurde, daß die Reservisten nicht zur Friedensstärke der Armeen zu rechnen seien, kommt keine übermäßige praktische Bedeutung bei, da die vorbereitende Abrüstungskonferenz bereits prinzipiell darüber entschieden hat, und zwar mit Zustimmung Paul Boncour's, daß für eine zahlenmäßige Abrüstung alle technischen Rüstungsbestände in Frage kommen sollen, welche etwa in den ersten 10 bis 14 Tagen nach Kriegsausbruch mobilisiert werden können. Darunter würde zum mindesten auch ein großer Teil der Reservisten fallen.

Depeschen.

Deutschnationaler Angriff auf Göring.

Ab. Berlin, 4. Juni. Im Preussischen Landtag ist folgende deutschnationale Anfrage eingegangen:

Nach dem Bericht der Radeburger „Volkstimme“ hat der Oberpräsident von Sachsen, Herr Göring, auf der Reichsbanner-Generalversammlung geäußert:

Es ist ein Skandal obgleich, daß jetzt, wo zwei Millionen Deutsche erwerbslos sind, erlaubter- und unerlaubterweise sich etwa 400 000 ausländische Schararbeiter hier aufhalten dürfen und Arbeit haben. Die ausländischen Landarbeiter sind nur im Lande, weil sie Lohnarbeiter gegenüber den deutschen Arbeitern und willenlose Zerlegte in den Händen der ausländisch-deutschen Kapitalisten sind.

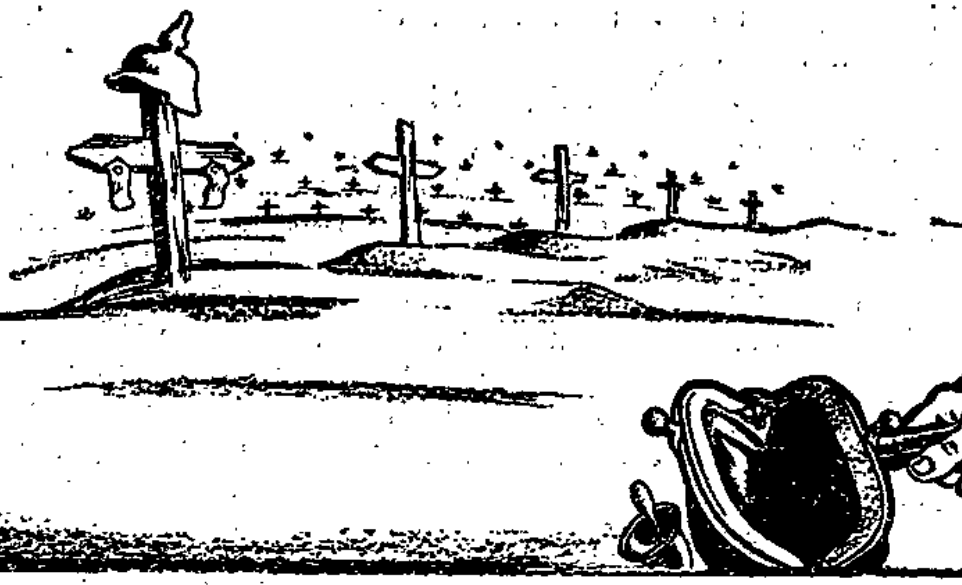
Herrn Göring muß als Oberpräsident bekannt sein, daß das Gesamtkontingent für ausländische Schararbeiter für 1925 nur 130 000 beträgt. Willigt das Staatsministerium die verheerenden Zuführungen des hohen Staatsbeamten? Was denkt das Staatsministerium zu tun, damit der Oberpräsident Göring auch in seinem außeramtlichen Auftreten der Bewahrung seines hohen Amtes gerecht wird?

Daß das Kontingent nur 130 000 Arbeiter umfaßt, wird selbstverständlich auf dem Oberpräsidenten bekannt sein. Er hat aber von erlaubt und unerlaubt anwesenden ausländischen Schararbeitern gesprochen. Sollte den deutschnationalen Fragestellern unbekannt sein, daß bei einer verhältnismäßig kleinen Kontingentzahl im Kreis Ostpreußen in der Provinz Sachsen Hunderte von Polen, die ohne Erlaubnis auf Gütern leben, aufgeführt werden? (Ab. „Volkst.“)

Vom englischen Bergarbeiterstreik.

Ab. London, 4. Juni. Der Sekretär des Bergarbeiterverbandes, Cook, erklärte gestern, die Vertreter der Bergbauunternehmer seien keinesfalls auf Verhandlungen über Verlängerung der Arbeitszeit oder Überarbeitung des Lohnvertrages einig. Cook verlangte Nationalisierung des Bergbaus, für die sich auch die Bergarbeiter ausgesprochen hätten.

Volkentscheid



Mittelstand und Volkentscheid.

Aus Mittelstandskreisen wird uns geschrieben:
In der bürgerlichen Presse, besonders aber in den verschiedenen Fachzeitungen und Fachzeitschriften erscheinen seit einigen Tagen Artikel und Notizen, die gegen den Volkentscheid agitieren. Sie wenden sich in erster Linie an den Mittelstand, den Bäcker- und Fleischermeister, den kleinen Gastwirt, den Handelsagenten usw., also an jene Kreise, auf die die sogenannte Wirtschaftspartei reflektiert. Man versucht, diese mittelständlerischen Existenzen durch angeblich wirtschaftliche Argumente gegen den Volkentscheid einzunehmen und zwar will man ihn dadurch in Verruf bringen, daß man ihn als den bedenklichen Anfang einer noch bedenklicheren Sozialisierungsperiode kennzeichnet.

Um die Dinge richtigzustellen, muß von vornherein bemerkt werden, daß allerdings in Deutschland seit dem Jahre 1914 eine Enteignung stattgefunden hat, und zwar die größte, die die Wirtschaftsgeschichte überhaupt kennt: die Konfiskation über den Umweg der sich entwertenden Mark. Diese Konfiskation hat aber gegen den Willen der Kreise stattgefunden, die hinter dem Volkentscheid stehen und das Volksbegehren in die Wege geleitet haben — und wenn das Unrecht dieser Enteignung nur zum Teil wieder gut gemacht werden konnte, trifft die Schuld diejenigen Parteien, die heute wieder einmal der Sozialdemokratie Enteignungsabsichten in der Volkentscheidungsfrage untergeschoben. In Wirklichkeit stellt sich der Volkentscheid als die Verhinderung einer abermaligen Enteignung dar. Denn wenn die ehemaligen Dynastien in Deutschland ihr Vermögen unverletzt durch eine Zeit hindurch retteten, die fast jeden Besitz dezimierte, so geschieht das auf Kosten jedes einzelnen. Gleichgültig ist, ob sich das nun in einem persönlichen Verlust des einzelnen darstellt, oder in einer Verhinderung und Verengung der Prosperitätsgrundlage, was die Auslieferung eines so großen Vermögenskomplexes, wie ihn z. B. die Hohenzollern fordern, aus allgemeinen Händen an bestimmte Personen ohne weiteres bedeutet.

Gerade der Mittelstand sollte in einer Periode der großen kapitalistischen Konzentration einen finanzkräftigen, zur wirtschaftlichen Hilfe fähigen Staat zu schaffen wissen. Bekannt ist ja, daß die mittelständlerische Existenz vom heute wieder einen Verzweiflungskampf um ihr Dasein führt. Wir erinnern nur an das Verhältnis vom Gastwirt zum

Brauereitrust, vom Agenten zur Verkaufsabteilung des Industriefabrikats, des Bäckers zur Mühle usw.

Selbst Mittelstandspolitik macht man aber nicht nur mit Worten, sondern mit harten Taten, wie die Kreditpolitik des Reiches und der Länder in den letzten beiden Jahren wohl bewiesen hat. Deshalb ist es gefährlich, die Quellen dieser Politik zu verstopfen und den Staat zur Erfüllung einer solchen Politik finanziell unfähig zu machen.

Man wird von mittelständlerischer Seite gegen unsere Ausführungen einwenden, daß sie, einzeln betrachtet, wohl zutreffen, daß aber der Volkentscheid selbst im Widerspruch zu der Eigentumsauffassung und zu den Geschäftsgrundsätzen des soliden Kaufmanns steht. Darauf möchten wir folgendes entgegnen: Man hat gerade in bürgerlichen Kreisen das Volksganze sehr oft mit einer Aktiengesellschaft verglichen, und zwar mit Recht. Wenn Deutschland eine Aktiengesellschaft ist, dann war der ehemalige Kaiser für die Führung der Geschäfte der Aktiengesellschaft Deutschland verantwortlich. Wird eine Aktiengesellschaft schlecht geführt, so daß sich ein Defizit einstellt oder die Liquidierung der Aktiengesellschaft sich als notwendig erweist, so haben die geschädigten Aktionäre das gute Recht, die Aufsichtsinstanzen dieser Aktiengesellschaft verantwortlich zu machen. Das ist gut kaufmännisches Recht und entspringt der Auffassung, daß der Aktionär für sein beteiligtes Vermögen nach besten Kräften gesichert werden muß.

Die Aktiengesellschaft Deutschland war ohne Zweifel bei Ausbruch des Krieges sanierungsbedürftig. Die Sanierung ist vollzogen worden, und zwar hat jeder Bürger in Deutschland, ob er Anleihebesitzer, Sparers, Inhaber von Lebensversicherungen, von Wandbriefen oder bloßer Angestellter oder Lohnarbeiter war, sein Teil zur Sanierung der Aktiengesellschaft beitragen müssen. In welchem Maße das der Fall ist, mag jeder aus der eignen Vermögensbilanz der letzten Jahre ersehen. Nun sollen ausgerechnet die verantwortlichen Stellen in dieser Aktiengesellschaft Deutschland ohne jeglichen Vermögensverlust ausgehen, während in jeder andern Aktiengesellschaft auf Grund der Auffassung und des Rechtes die Leistung mit ihrem gesamten Vermögen haftbar gemacht wird.

Deshalb ist die Argumentation, der Volkentscheid verwerfe die Begriffe des Eigentums und entspreche nicht den soliden kaufmännischen Grundsätzen, ungerechtfertigt. Und deshalb wird auch der Mittelstand am 20. Juni seine Stimme zum Volkentscheid abgeben müssen! A. J.

Der Stahlhelm geht in Deckung!

Zu den Helden von der traurigen Gestalt, die im Volkentscheid nicht den Mut haben, sich dem Gegner in offener Wahltschlacht zu stellen, gehört auch der „Stahlhelm“ — und wie er sich stolz nennt, „Mund der Frontsoldaten“. In seinem Bundesorgan befindet sich der Befehl:

Der Stahlhelm bestimmt, daß alle seine Mitglieder am 20. Juni sich von jeder Beteiligung am Volkentscheid fern halten und darauf hinwirken, daß dieser Grundgedanke in allen vaterländischen Kreisen festen Fuß faßt.

Die Führer des „Stahlhelms“ bleiben sich mit diesem Befehl selbst getreu. Nein, sie übertreffen sich. Sie gingen auch im Kriege — es gibt einige wenige Ausnahmen — heldenmütig in Deckung oder in die Stappe, wenn andre im Frontfeuer lagen.

Damals nur die Führer. Heute aber befehlen sie selbst ihren Mannschaften, sich dem Gegner nicht zur Wahltschlacht zu stellen.

Welcher Fortschritt! Und wie ist er zu erklären? Humanität hat den Befehl nicht differtiert, sondern das Gegenteil davon. Der Raubzug der Fürsten auf Volkseigentum soll durch Stimmenthaltung begünstigt werden. Die Kerkern, die schon Blutopfer brachten, sollen sich nun auch noch ungeföhrt von dem Fürstentum austräubern lassen. So will es der „Stahlhelm“. Darum kommandiert die Führung: „Hände hoch!“

Es liegt aber noch ein anderer Grund vor. Der „Stahlhelm“ und der ganze übrige Fürstentum kennen ihre Schwäche, die sich allzu klar offenbaren würde, wenn sie sich an der Abstimmung beteiligen würden. Darum bleiben sie fern und glauben, diese feige Taktik der Drückberge rei auch ihren Nachfolgern aufzwingen zu können, die unter der von den Fürsten geforderten Milliardenabfindung unglücklich zu leiden hätten.

Die Stahlhelmsführung wird diesmal lauter Ohren predigen. Denn, abgesehen davon, daß ein wirklicher Frontkämpfer sich mutig seinem Gegner stellt, die Fellei, ein ganzes Volk zu ruinieren, um unberechtigte Milliardenansprüche einiger Duzend zu erfüllen, wäre so groß, daß sie einfach unmöglich ist.

Und so werden denn große Scharen von Stahlhelmlern zum Volkentscheid gehen und mit Ja stimmen, und nicht im „Heldenkeller“ bei ihren Führern das Ungeheuer vorüberziehen lassen, das sich am 20. Juni über dem Fürstentum entläßt. —

Verjagtes Volt.

Eine Thüringer Waldregende, erzählt von Herrn Anders Krüger.
Copyright by Georg Wefermann, Braunschweig.

(5. Jahreszahl. (Stichtag unbekannt.)
Jüngstes Kapitel.
Sturmstoten.

Ein sorgenvoller Mann stieg an einem strahlenden Juni-
morgen des Jahres 1855 Katterfeld-Schulz, vom alten Schwarz-
berger Hofstaub über den Berg kommend, das weite, im üppigsten
Waldschraun prangende untere Lützelthal hinauf.

Da kamen am rechten Waldband hingeschmiegt, im Schanz der
alten Hirschkornen, jetzt noch im Schatten des dunkelwäldchen
Halsbergs und doch traumlich mit dem kleinen Hirschkorn glänzend,
die liebsten elf Hirschen im langen Schwanz ihrer Hennen, wäh-
rend der Wald abgeräumten Gärten.

Wunder wie seit Jahrenlangend plätscherte die blaugraue
Lützel zu Tal und nahm von allen Seiten, wie aus verborgener
Anwesenheit ihrer mühsamen Durchbrucharbeit drohen an der
alten Warte, die huldigend einmündenden Sand-, Eisen-, Hirschen-
und Baumstämme auf.

Sie hatten es auch nicht leicht gehabt, die brave Lützel,
die hier herabzuwandern trotz ihrer zwei starken Schloßberg-
wälder vom Hüfelfeld und Langen Graben.

Jahrhundert hindurch hatten die Hirschenbrüder vom
alten Graben — vom alten Schloßberg wie vom noch steileren
Halsberg her ihre verpflanzten oder angebundenen Hirschenbrü-
der die schroffen Wände hinauf über in den Berg geholt.

Und dann kamen die Vergleiche, erst die Gärten, die nach
auf dem Berg erschienen, dann die Wälder, die Venezianer, die den
Hirschen und andrer Schätze für ihr hundert Glasgeschwürde aus
den Tiefen der Berge brachten, zuletzt die germanischen Gold-
schmied und Eisenbrüder — sie alle schützten erlöste Hirschenbrü-
der in der engen Lützel hinab, bis ihr fast der Baum ausging — der
Hirschen älteste Hirsche.

Aber sie war nicht anzukriegen, sie wusch und spülte ohne
Mühen, sie drückte und drückte unermüdlich, bis sie unter all
den Hirschenbrüder doch wieder trug und feuchter aus Licht der
Gemein kam und man erst recht ausgeföhrt hindab zur wilden
Gartenstube tobt.

Wenn denn Schwarzwälder oder Gärten erlöste Hirschen
hätten, dann wärdet wohl münder die halbgewundenen Hirschen-
brüder wild durchwachen, dann wärdet und händet die vom
Hirschen gebrochenen, vom Ertrinken geübten Hirschenbrüder und
Garten — aber — hindurch ging's schließlich doch durch all den

Wald des Todes und der Vergangenheit, bis der Urwald sich
löste am Entschloßer, wo nur die lustigen Siedlerhäuschen
grüßten.

Und dann zog die kappere Lützel ganz still und stumm,
als sei ihr nie etwas geschehen, frohlich murmelnd und doch im
Hirschen triumphierend, durch die fetten Schwarzberger Wälder
wiesen zum Vöberg und hatte sich dort bei der nur wenig
älteren Gärtenstube ein.

Nachkommen küßten dann die beiden derben Bergwälder lustig
weiter über Sand und Stein zur schwebelgrünen Luft und
mit ihr und der behäbigen Röhre Soale zu Mutter Erde —
zum Meere.

Wie oft — schon als Knabe — hatte Ernst Katterfeld dem
alten nachgedacht und manch Schiffslein schwimmen lassen, aber
dann eins war auch nur ungeführt bis zum Schwarzberger
Hofstaub gekommen. Den Lauf der Lützel jedoch konnte nichts
aufhalten, ihre Wälder kamen zum Ziele — so oder so.

Und ebenso unaußhaltbar ging die Geschichte ihren letzten
oder zehnten Gang auch über dies Tal und die Sande ringsum,
die schon so viel Herren und Völler gehabt und bezogen hatten.

Zeit gestern abend wachte Katterfeld genau, was er trotz
aller leisen Hoffnungen doch fast in tiefsten Schlaf, was
Schleier-See, der unbedeutbare Hirschen, von jeder Verweilzeit hatte
— daß die Stände des lieben Jürgensbrüder da drüben von auch
geschlagen hatte.

Statt ein hübschen Raum herzugehen für ein neues zünftiges
Häuschen, wollte man ein alte wappstein, wollte man all das mit
einem Federstein bestücken, was alte, neue, heimlichebrüder
Hirschen in langen Jahrhundert dem Urwald für sich und ihre
Kinder abgerungen hatten.

Im Namen seiner Väter des Herzogs Ernst des II.
so stand es über dem Felsend des fast so hüflichen Landes
Hirschenbrüder — roh, grauam wie der Tageslicht eines Hirschen
und doch — vom leuchtigen, liberalen Bundesrat, dem an-
gekommenen — nein, dem hineingewandten Hirschen, dem leichten-
schwebeligen Hirschen, dem jeder Hirschen mehr an seine Jürgensbrüder
gewachsen war als zehn Duzend armer Bundesbrüder, die man
in die Bernde gepugt, vielleicht in Rot und Tod, jedenfalls in noch
größerer Armut und neue schwere Sorgen gestürzt werden sollten.

Anderswärts nach Amerika — leicht gesagt. Abgeschoben
nach Bremen — auf's Schiff geföhrt in Schwarz, Sand und wer
weiß was für Krankheit, irgendwas aus Land geworfen, dem Sand,
dem Hunger hilflos preisgegeben, das ließ anderswärts nach
Amerika!

Schiedsmenge hatte ja geschrieben aus Hirschenbrüder
Hirschen. Jammerschicks war's nach immer.

Und Büttnerl war schon längst verhungert oder irgendwas
im Süden dem Fieber erlegen. Tot war er jedenfalls und wer
hier ein so frischer, fleißiger Dursch gewesen, der so manches
Hirschen und Hirschen gebunden hatte. Seinen Schatz wollte er
damals mitnehmen, doch die Heiratserlaubnis ward nicht gegeben.
Nun sah die Zeit da mit ihrem Wirt und hoffte noch immer
— vergebens, vergebens wie die alten Eltern, die der Sofa der-
einst herüberholten wollte.

Windhill lag die Lützel in ihrer geschützten Nacht, ein
liebliches Bild des Friedens und des gesegneten Schaffens.

Kerzengerade stiegen die Hirschen aus den vierzehn Schwa-
rkornen, das lange schwarze Eisenrohr seiner Schloßbrüder lagte
darüber her wie ein bogerer Schloßmeister mit erhabenem Finger,
als wolle er sagen: Ruht auf, Kinder, und seid fleißig!

Noch einmal brachten die drei oder vier Duzend Familien-
hirschen mit ihren Wasserkrüben und den letzten Kartoffeln —
noch ohne große Sorgen.

Inverhüllend hoffend dachten die Frauen an die kleinen
Kartoffelbrüder bei der Knöchelchen brüden, schon wissen sie
neue Schicksal heran. Zum Teil hatte man die beiden Hirschen erst
48 dem gierigen Fiskus aus den Hirschen gerissen und mühsam
urber gemacht.

Gartes Brot hier oben, aber drüben in Amerika noch Hirschen
und vielleicht für viele wohl gar kein mehr.

Was sollte aus den sieben Hirschen, was aus den fleißigen
Hirschen, den drei ausgehirschen Schloßbrüder, den vielen kleinen
Hirschen, ihren Kindern ohne Vater werden?

Oben waren sie alle so lieblich verjagt, die weißen in gelbe
Schule, Hirschen Hirschen halfen schließlich, auch der alte
Hirschen im Schwarzberger Hofstaub brüden beim Hirschen und
Hirschenbrüder gern die müden Augen zu.

So wärdet all die Hirschen verkommen und verkommen, in
welchem Hirschen- und Armenhaus oder in welcher Spinnstube die
Hirschen und Hirschen verreden? Und alles um der paar Hirschen
willen.

Drohend hallte der alte Hirschen die Hirschen, und viele
Gedanken zogen zum erstenmal Hirschenbrüder durch seine Hirschenbrüder,
Hirschen Hirschen, Gedanken, die Schleier-See so oft in ihm
hätte wachrufen wollen, bisher ohne Erfolg.

Reichs-Arbeiter-Sporttag in Magdeburg.

Am Sonnabend und Sonntag veranstaltet das Arbeiter-Sportkartell in Magdeburg große Kundgebungen für die Sportbetätigung des Proletariats.

Die Massen der Proletarier, die gezwungenermaßen in düstern Wohnungen, auf lichteren Hinterhöfen wohnen müssen, sehnen sich nach Licht und Sonne und freuen sich auf die Stunde, die sie auf grünem Rasen verbringen können.

Das sportliche Programm

Es beginnt am Sonnabend um 6 Uhr mit einem Fußballspiel auf dem Sportplatz an der Zitadelle. Der Bezirksmeister Sturm 07 steht dort einer Auswahlmannschaft gegenüber.

Der Sonntag.

Die Schachspieler tragen im Lokal von Lichteck, Knochenhauer- ufer, Simultanspiele aus. Beginn 8 Uhr morgens. Um 9 Uhr spielen sich die Stafettenläufer auf dem Marktplatz auf.

der Festumzug.

Der folgenden Tag nimmt: Himmelsreichstraße, Breiter Weg, Große Ringstraße, Otto-von-Guericke-Straße, Köhler Straße, Oberstecker Straße, Goethestraße, Annakstraße, Wilhelm-Robert-Straße, Halle Land und Stadt.

Das Programm in der Halle

beginnt um 3 1/2 Uhr und sieht vor: Freiwüchsen der Kinder, Reigen der Radfahrer, Ringübungen der Athleten, Freiwüchsen der Turner, humoristische Kinderstafette, Sehen, Ringen und Wagen, Geräteübungen, Expanderziehen, urkomischer Reigen der Radfahrer.

Auf dem Sportplatz vor der Halle beginnen ebenfalls um 3 1/2 Uhr die sportlichen Wettkämpfe. Es werden ausgetragen: 4x100-Meter-Stafette für Männer, Jugend und Spardamen, 4x100-Meter-Stafette für Fußballer, Olympische Stafette Männer und Schwedentafette Jugend.

Das leichtathletische Programm wird unterbrochen durch einen Wasserreigen der Radfahrer sowie durch Ausziehen der Athleten und Kinderstafette. Um 6 Uhr findet auf dem beiden Plätzen neben dem gegenüber der Kreismeister Sportplatz der Wettbewerb und der vorjährige Bezirksmeister Freie Turner Südost. Damit schließt das Programm.

Die Veranstaltungen des Arbeiter-Sportkartells werden wesentlich auf welcher technischen Höhe die Arbeiter-Sportbewegung sich befinden. Wir wünschen namentlich den Arbeiter-Sportlern gutes Wetter und einen heißen Erfolg.

Sportheim Groß-Otterleben.

Ist Erweiterung des Sportheims am 3. Juli 1928 soll ein großzügiges sportliches Programm aufgestellt werden. Alle Abteilungen des Vereins sind ab dieser Woche auf das Festprogramm umgestellt.

Die Einwohnerchaft von Otterleben wird ersucht, das gute Aussehen des Vereins zu unterstützen, damit die wünschenswerten Sporttage fruchtbar werden können.

Gruppenfest in Röderburg.

2. Gruppe, 4. Bezirk, 2. Kreis des Arbeiter-Turn- und Sportbundes.

Verbunden mit dieser Veranstaltung war die Feier des 25-jährigen Bestehens der Freien Sportvereingung Röderburg. Schon der Bühnenaufbau, welcher am Sonnabend im Fleckchen Lokal die Feier einleitete, zeigte den zahlreich erschienenen, daß die Vereine sehr gute Fortschritte gemacht haben.

Der Sonntag, eingeleitet durch ein Beden des Gruppentambourcorps, zeigte den Röderburger Einwohnern, soweit sie nicht schon durch den Girlandenschmuck aufmerksam geworden waren, daß etwas Besonderes los war.

Seht beherrschten die Turner das Feld. Mit unermüdlichem Eifer wurde geturnt, gelaufen, gesprungen und was es sonst noch für Aufgaben zu lösen galt. Von den kaum Schulentlassenen bis zu den alten Herrn hinauf standen sich die Wettkämpfer im Wettstreit gegenüber.

Resultate.

Leichtathletischer Vierkampf für Männer über 30 Jahre: 1. G. Franke (Heddingen) 301 Punkte; 2. H. Fromme (Stahfurt) 273 Punkte; 3. H. Sandau (Stahfurt) 273 Punkte.

Am Abend hielt ein gut gelungener Fußball im Fleckchen Lokal die Teilnehmer in froher Stimmung noch lange beisammen. Antreten nachm. 1.15 Uhr auf dem Dampplatz. Umrahmt 1.30 Uhr durch die Straßen direkt zum Bürgerpark.

Reichs-Arbeiter-Sporttag in Stendal.

Auch in Stendal werden am Sonntag alle dem Kartell angehörenden Vereine in den verschiedensten Sportarten ihr Können zeigen. Das Programm schließt vor:

Antreten nachm. 1.15 Uhr auf dem Dampplatz. Umrahmt 1.30 Uhr durch die Straßen direkt zum Bürgerpark. Die freien Sänger werden den Tag durch Kampffest eröffnen. Dann finden Wettkämpfe der Schüler und Schülerinnen, Sportler und Sportlerinnen, Athleten und Radfahrer statt.

Fußball.

Table with 5 columns: Name der Verein, Gegner, Spielort, Schiedsrichter, Zeit. Includes teams like Vorwärts Jermersal, Freie Turner Südost, etc.

Die erste der Partien gegen Freie Turner Südost 1:0 (0:0). Auf dem Spielplatz III in Lützenburg fand am Sonntagabend dieses Treffen statt. Freie Turner Südost trafen mit neuem Mann in erstklassiger Weise.

Fußball am Sonnabend.

Als erste der Partien gegen Freie Turner Südost 1:0 (0:0). Auf dem Spielplatz III in Lützenburg fand am Sonntagabend dieses Treffen statt. Freie Turner Südost trafen mit neuem Mann in erstklassiger Weise.

(Vorwärts), Junge (Sportfreunde), Silberreife: Nils (Sportfreunde), Winter (Eintracht Süd), Freier (Eintracht Süd), Hermann (Vorwärts), W. Winter (Eintracht Süd), Freier (Eintracht Süd).

Fußball.

Seriespiel. Am Mittwochabend fanden auf dem Spielplatz Fort I in Budau zwei Fußball-Seriespiele ihre Erledigung, die Vorwärts Bremerleben siegreich beenden konnte.

Leichtathletik.

Die Straßenspiele der Sportabteilung Freie Leipzig am Sonntag den 30. Mai fanden im Feld der Massenbetätigung der Sportler und Sportlerinnen sämtlicher Leipziger Vereine. Auf beiden Seiten der Hauptstraße von Bismarck nach Leipzig standen die Zuschauer in dichten Reihen.

Hockey.

Freie Siedenburg gegen Freie Leipzig (1:2, 1:1). In Leipzig erlitten die Freie Siedenburg das noch ausstehende Hockey-Matchspiel. Es ging für die Freie Siedenburg verloren, trotzdem diese es mit einer ergebnisgleichenden Gegner-Mannschaft zu tun hatten.

Schach.

Schach am Sonntag. Zum Arbeiter-Sporttag wird auch der Arbeiter-Schachklub sein Können zeigen, indem er am Sonntag morgen von 8 bis 12 Uhr im Saale des Galtriers Lichteck, Knochenhauer- ufer, ein Simultanspiel veranstaltet.

Sportnotizen.

Berühmte Steffelhüter. Seit dem Städtefest waren unsere Steffelhüter (nach oben abgerundet, Birnenform, auf einen Messingring gezogen, 30 an der Zahl, vermischt. Die Abteilung, die sich im Besitz derselben befindet, wird gebeten, dies unter Nr. 277 telefonisch am Freitag abend ab 7 1/2 Uhr mitzuteilen.

Mitteilungen der Sportvereine.

Wasserballer. Die Abteilung Döberitz hat ihre B-Mannschaft von der diesjährigen Wasserballer zurückgezogen. Das Schwimmfest am 20. Juni in Gemüß findet nicht statt, darüber muß ich folgende Spiele ändern: Mittwoch 18 gegen Neuhof B am 12. Juni jetzt in Neuhof 7 Uhr abends.

Schwerathletik (Groß-Magdeburg). Sämtliche Jäger zur Sommer-Schafotte (Lauer durch Magdeburg) sammeln sich 6.15 Uhr Neue Neuhof, Rikolaplatz. Umkleideraum Restaurant Ostar Sportfeld, Sandbürger Straße 16.

Leichtathletische Vereine. Die nächste Tagung findet am Montag abend 8 Uhr, im „Anhaltener Hof“, Braunschweigstraße 3, statt. Sämtliche Vereinsmitglieder, Sportler und Mannschaften sind zu vertreten.

Registrierungsamt der Turnspiele. Am Reichs-Arbeiter-Sporttag finden auf dem Sportplatz vor der Halle Land und Stadt unter Leitung von Eilermann (Freie Siedenburg) Vorwärts Bremerleben gegen Freie Turner Südost. Das Fußball-Festprogramm am Sonntag abend findet auf dem Sportplatz vor der Halle (siehe auf dem Hauptfeld) statt.

aus dem bürgerlichen Sportlager.

Freizeitsportler. Am Sonntag nachmittag 4 Uhr findet auf dem Magdeburger Radwegbahn das größte diesjährige Rennen, die vom Verband deutscher Radfahrer aus dem Magdeburger Radwegbahn offizielle Wettkämpfe von Dresden über 100 Kilometer hinter großen Publikum statt.

Freizeitsportler. Am Sonntag nachmittag 4 Uhr findet auf dem Magdeburger Radwegbahn das größte diesjährige Rennen, die vom Verband deutscher Radfahrer aus dem Magdeburger Radwegbahn offizielle Wettkämpfe von Dresden über 100 Kilometer hinter großen Publikum statt.

Freizeitsportler. Am Sonntag nachmittag 4 Uhr findet auf dem Magdeburger Radwegbahn das größte diesjährige Rennen, die vom Verband deutscher Radfahrer aus dem Magdeburger Radwegbahn offizielle Wettkämpfe von Dresden über 100 Kilometer hinter großen Publikum statt.

Freizeitsportler. Am Sonntag nachmittag 4 Uhr findet auf dem Magdeburger Radwegbahn das größte diesjährige Rennen, die vom Verband deutscher Radfahrer aus dem Magdeburger Radwegbahn offizielle Wettkämpfe von Dresden über 100 Kilometer hinter großen Publikum statt.

Freizeitsportler. Am Sonntag nachmittag 4 Uhr findet auf dem Magdeburger Radwegbahn das größte diesjährige Rennen, die vom Verband deutscher Radfahrer aus dem Magdeburger Radwegbahn offizielle Wettkämpfe von Dresden über 100 Kilometer hinter großen Publikum statt.

Freizeitsportler. Am Sonntag nachmittag 4 Uhr findet auf dem Magdeburger Radwegbahn das größte diesjährige Rennen, die vom Verband deutscher Radfahrer aus dem Magdeburger Radwegbahn offizielle Wettkämpfe von Dresden über 100 Kilometer hinter großen Publikum statt.

Freizeitsportler. Am Sonntag nachmittag 4 Uhr findet auf dem Magdeburger Radwegbahn das größte diesjährige Rennen, die vom Verband deutscher Radfahrer aus dem Magdeburger Radwegbahn offizielle Wettkämpfe von Dresden über 100 Kilometer hinter großen Publikum statt.

Moderne illustrierte Sonder-Insertate nach künstlerischen Entwürfen

Das Stadthaus! Erlaubnisse, Ein- und Ausfuhr, Bauverträge, Frankfurter, etc.

WOLFF-BAUER Schwere Kisten, Koffer, Taschen, etc.

F. FALKENBURG MAGDEBURG. Beste bayrische LODEN-MÄNTEL, GUMMI-MÄNTEL, etc.

Ein Koffer, ein Koffer, ein Koffer. Ein Koffer, ein Koffer, ein Koffer. Ein Koffer, ein Koffer, ein Koffer.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 4. Juni 1926

Der Bloß von Kahner bis Mann.

Das war gestern im Stadtparlament eine Einigkeit zwischen den Kommunisten, den Völkischen und der Binselfraktion! So rührend und erhebend, daß bestimmt kein deutschnational-völkisch-kommunistisches Auge trocken blieb. Die Führung über diese prachtvolle Kumpanei hatte der Großindustrielle Hennige übernommen. Ihm folgten sie: die Kommunisten und die Völkischen geschlossen und ohne Zögern, bis in die Lächerlichkeit. Nur die eigne Fraktion des Herrn Hennige machte nicht so ohne weiteres mit, sie war gespalten. Es gibt darin einige, die halten auf politischen Anstand. Sie waren zum Teil vorher „beurlaubt“, zum andern Teil verließen sie den Sitzungssaal, als die Blöde Komödie, die sie mitspielen sollten, vor ihrem „Höhepunkt“ stand. So blieb Herr Hennige aus eigenem Fraktionsbestand nur ein Duzend, als abgestimmt wurde. Aber so etwas hindert ja einen großen Führer nicht, seinen großen Kampf fortzuführen. Der alte ehrwürdige Don Quixotte hatte zum Beispiel nur einen einzigen Dummkopf hinter sich, als er gegen eine Windmühle anstürmte, und es ist ihm auch weiter nichts passiert.

Was hat nun eigentlich diese bunte Kompanie des Ritters Hennige zusammengeführt? Selbstverständlich der gemeinsame Haß gegen die Sozialdemokratie. Es sollte verhindert werden, daß ein Sozialdemokrat als Beamter an der Gemeindeverwaltung beteiligt wird. Vor einem Jahre schon ist beschlossen worden, daß die Stadtratsstelle, die durch das Ausscheiden des Dr. Wendt freigeworden ist, neu besetzt werden soll. Keine Fraktion konnte in Abrede stellen, daß diese Neubesetzung notwendig ist, denn die Lemter und Dienststellen der Stadt haben sich in der Nachkriegszeit erheblich vermehrt, die Zahl der Beamten ist aber zurückgegangen.

Die neubesetzte Stadtratsstelle wurde ausgeschrieben mit dem Erfolg, daß sich 161 Bewerber meldeten. Rund 90 zogen ihre Bewerbungen wieder zurück, über die andern wurde beraten. In zehn langen Sitzungen hat eine Kommission die Bewerbungen geprüft, geschickt, die Aussichtslosen ausgeschieden. Schließlich sollten zwei Bewerber zur engeren Wahl gestellt werden: ein Dr. Reichmann aus Dresden, den die Rechtsfraktion wollte, und der Magistratsrat Böhme, der von der sozialdemokratischen Fraktion vorgeschlagen wurde.

Der sozialdemokratische Vorschlag verurteilte den Rechtskern diesmal besondere Leibschmerzen. Sie wollen keine Sozialdemokraten in einer Verwaltungsjelle sehen. Das ist bekannt. All ihr Geschwätz von „sachlichen Gesichtspunkten“ und der „Frage nach persönlicher Eignung“ kann die offensibare Tatsache nicht verdecken, daß sie jeden Sozialdemokraten ablehnen. Und wenn die Gemeinde Schaden leidet, einen Sozialdemokraten lassen sie nicht in eine Verwaltungsjelle — falls sie die Nacht haben, es zu verhindern — und wenn er über die höchsten Fähigkeiten verfügt. Sie haben sich über die Stupidität der verflochtenen Käsezeit noch um keinen Zentimeter erhoben.

Der Kampf gegen den Sozialdemokraten Böhme wurde ihnen aber doch sehr erswert, denn Böhme arbeitet seit 3 Jahren in der Verwaltung unsrer Stadt und hat sich außerordentlich gut bewährt. Er hat die schwierigsten Dinge zur Bearbeitung bekommen und hat seine Aufgaben in hervorragender Weise gemeistert.

Sein Entwicklungsgang ist zudem auch nach bürgerlichen Begriffen glänzend. Als Klassenkrieger durchlief er sämtliche Klassen der Real- und Vismarschule, bestand das Abiturium unter Befreiung von der mündlichen Prüfung, studierte in Göttingen, München, Berlin und Halle Rechts- und Staatswissenschaften, zog mit in den Krieg, bekam das E. R. I. und 2. Klasse, wurde allerdings nicht zum Offizier befördert, weil er Sozialdemokrat war. Das ist freilich ein dunkler Punkt für die Bürgerlichen, aber daran ist Böhme doch unschuldig.

Was Böhme nach dem Kriege tat, ist gewiß auch nicht nach dem Geschmack der Bürgerlichen. Er gründete in Neudorf ein Arbeitersekretariat, wurde sozialdemokratischer Landtagsabgeordneter, gründete dann in Magdeburg das Reichsbanner mit. Diese sozialistisch-republikanischen Handlungen sind begründet in feiner Gesinnung, damit müssen sich die Rechtsler schon abfinden. Er konnte aber trotzdem nicht gegen ihn ankämpfen. Und einermäßen schmerzlich war es ihnen auch, daß das Angebot an Jutehülfe von ihrer Seite so dürftig war. Eine Probeabstimmung in nichtöffentlicher Sitzung hatte nun ergeben, daß für Böhme die Mehrheit der Versammlung eintrat. Und von der Rechtsfraktion bekam Böhme Stimmen. Das wurde von Mitgliedern der Rechtsfraktion selbstverständlich — dem Dr. Reichmann mitgeteilt, der zog daraufhin ebenfalls seine Bewerbung zurück.

Am Donnerstag teilte der Stadtverordneten-Vorstand diese Entscheidung der Versammlung mit. Nun spielte die Rechtsfraktion, unterstützt von den Völkischen und Kommunisten, eine alte Komödie. Sie ließ durch ihren Vorführer, eben Herrn Hennige, verkünden, daß sie von der Ablehnung gar nichts gemerkt hätte — trotzdem Dr. Reichmann ihr Mann ist, trotzdem sie einen Vertreter im Präsidium der Stadtverordneten-Versammlung hat, der von dem Eingang des betreffenden Schreibens wußte — und daher Vertagung beantragen wußte, weil sich die Sachlage so überraschend und blutschnell geändert habe. Nachdem über die Wahl ein Jahr lang verhandelt worden war, sollte sie nun in letzter Minute unmöglich gemacht werden. Die Völkischen machten mit, hielten sogar eine gemeinsame Fraktionsbesprechung mit den Binselfreuten. Eine Stunde lang, wie man sie als Stimmzettel brauchte, wurden sie von den Binselfreuten nicht verhöhnt, nicht schamlos behandelt.

Und die Kommunisten waren begeistert dabei, als man die Wahl eines Sozialdemokraten verhindern wollte. Kahner hielt drei furchtbare Reden. Er wollte das Arbeitsamt nicht einem Sozialdemokraten anvertrauen. Kahner hat sich mit seiner Spaltpolizei aber noch weniger blamiert als Hennige. Jeder weiß, daß der Kommunist so reden muß, wie er redet. Er will der Welt auch gar nichts vormachen, will nicht verblüffen, will nichts imponieren. Ich bin Walter Kahner, politisch ein Kind, aber sonst vom hebräischen Geistes. Dennige wollte aber der Welt etwas vormachen mit seiner Rederei, daß er nichts gemerkt habe von dem Verzicht des Dr. Reichmann und deshalb vor einer vollkommen neuen Situation stehe. Das war ihm so dumm wie die Bemerkungen, die heute morgen von der „Magdeburger Zeitung“ zu dieser Sache gemacht wurden. Dieses gute Wort für Schlägerbedürfnisse weist mit einiger Klugheit hin, daß das städtische Verwaltungsverfahren bereits den Lebenslauf des Magistratsrats Böhme schriftlich und detailliert zur Verfügung hat, also — man hätte doch gewußt, daß Böhme gewählt wurde, man mußte die alte gemüthliche „Magdeburger Zeitung“ nicht „man gewußt“, nur die politischen Führer, die das politische Einverständnis nicht kennen, mußten nichts und machen deshalb ein dummes Theater, und Zeitungen aus der gestrigen Zeit der „Magdeburger Zeitung“ waren kindlich schamlos — oder stellen sich so. Offenbar ist die „Magdeburger Zeitung“ auch überzeugt, daß die städtische Verwaltung gewirkt und schließlich erbeitet. Das macht diesem Verhalten, das seine Rache haben will, alle Ehre.

Es hat alles nichts genutzt, der Jammertied von Kahner bis Mann hat jämmerlich versagt, die Vertagung wurde abgelehnt. Böhme wurde mit dem Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten gewählt.

Indien in Magdeburg.

Am Freitag nachmittag ist in den Ausstellungshallen am Adolt-Wittag-See die Magdeburger Indienschau eröffnet worden. Städte mit Zoologischen Gärten, zu denen Magdeburg immer noch nicht gehört, haben solche Schaustellungen hier; bei uns sind wohl schon Jahrzehnte vergangen, daß exotische Gäste hier

in der aufgeteilten Welt zu erhalten, wie soll das dem Deutschland der nächsten Jahrzehnte gelingen?

In einem Teile dieser Halle zeigen indische Handwerker — Köpfer, Weber — ihre Künste und nicht ohne geheimen Schauer wird man die „chinesische Opiumhöhle“ betreten und sich



weilten — von Zirkustrupp abgesehen —, so daß diese Veranstaltung sicher große Anziehungskraft haben wird. Schon die Jugend in allen Altersstufen wird sich die Gelegenheit, die Menschen ihrer Bücher und ihrer Phantasie lebhaftig zu sehen, nicht entgehen lassen. Indien, das Wunderland, das Reich der Kasten, der Feueranbeter, in dem die märchenhaft reichen Maharadschas auf diamantenen Thronen in wunderbaren Schlössern wohnen und auf Elefanten den Tiger im Dschungel jagen, und wo periodisch Hungernöte Hunderttausende und Millionen hinraffen, wer kennt es nicht?

Von diesem Reichthum wird der Mensch- und Tiertrupp zwar nichts zeigen, etwas aber die Ausstellungshalle Kr. Sammlungen, über die wir schon berichteten. Hier sind Prachtstüde

nahebei zur Erziehung Bananen laufen: „frisch gepflückt vom Baum“. In der Nebenhalle aber treten indische Gaukler, Tänzer und Schlangenbeschwörer auf, und man wird nachprüfen können, was von den Künsten, über die man so Geheimnisvolles gelesen hat, Wahrheit, was Legende ist. Ganz unzweifelhaft wirklich aber wird ein Ritt auf einem Elefanten oder einem Kamel in der andern Hälfte der Halle sein. Mit der Einbildungskraft eines Don Quixotte und Tartarin von Tarascon wird man sich die glühende Sonne Indiens, einen Bambuswald, einige kumgekreiste jähneslethende Tiger und ein Heer brauner Treiber dazu denken können.

Das Interessanteste aber ist dem Menschen der Mensch! Und die mehr als zwei Duzend braunen Gestalten, vom grauhäutigen Mann bis zum zweijährigen Kinde herab, verdienen dies Interesse. Sie sind von Hagenbeck erworben und kommen jetzt aus Zürich, wo man die Selber, die man bei ihrer Schaustellung aufnahm, zum Grundstock für die Errichtung eines Zoologischen Gartens verwenden will. Menschen für Tiere oder: Geld nicht! Ihr Lager haben die Indier in einem Hof zwischen den Hallen, und unser Bild zeigt sie unter ihrer Tageshütte, wo sie sich ihre Speisen beim flackernden Feuer zubereiten. Am Abend sicherlich ein malerisches Bild, das sich vielleicht der heimatischen Wirklichkeit annähert.

In Heberfülle leider keiner, wohl weil sie unbedingte Vegetarier sind, alle aber haben sie prachtvolle weiße Zähne und wohlgealtete Füße und sind — nach indischen Begriffen — sehr reinlich. Ob aber viele Ausstellungsbesucher ohne weiteres einen Keller Metzsuppe aus dem verruchten Kessel essen würden? Die Frage möchten wir offen lassen. Sicher sind fesselnde Köpfe unter den Leuten und besondere Freude wird man an einigen Kleinen und Merkleinsten haben, die unbefürchtet ihrer Umwelt sich wie alle Kinder ganz so geben, wie sie sind. Die andern werden wir in den nächsten acht Wochen näher kennenlernen und sie uns vorstellen, daß der gegenseitige Eindruck ein guter ist und sich beide Teile im besten Andenken behalten. —

Dauerkarten für die Indienschau. Für die Indienschau auf dem Ausstellungsgelände werden Dauerkarten zu sehr billigen Preisen ausgegeben. Die während der ganzen Dauer der Veranstaltung Gültigkeit haben und zum täglich mehrmaligen Besuch des Ausstellungsgeländes, der Hallen, in denen die Indienschau untergebracht ist und der Vorstellungen der indischen Völkertuppe berechtigen. Die Dauerkarten für Erwachsene kosten 5 Mark, die für Kinder 3 Mark. Sie werden im Bureau der Mitteldeutschen Ausstellungsgesellschaft, Weinstraße 9, im Verkehrsverein, Breiter Weg 168, und an den Kassen des Ausstellungsgeländes ausgegeben. Der Eintrittspreis für den einmaligen Besuch der Indienschau beträgt 1 Mark für Erwachsene, ein Kind in Begleitung Erwachsener ist frei, für jedes weitere Kind werden 50 Pfg. Eintritt erhoben. Donnerstag, Donnerstag und Freitag ist der Eintritt in den Kongressgarten am Adolt-Wittag-See, in dem täglich von 4 bis 10 Uhr große Konzerte stattfinden, frei, während Mittwoch, Sonnabend und Sonntag der Besuch des Gartens nur gegen Lösung einer Karte zur Indienschau gestattet ist. Die täglichen Vorstellungen der Indiertruppe finden normittags um 11 Uhr und nachmittags um 2, 4, 6 und 8 Uhr in der Halle statt. In den Zwischenzeiten zeigen die Angehörigen der Truppe ihre Fertigkeiten der ihren Väter. Mittwoch, Sonnabend und Sonntag findet die Nachmittagsvorstellung um 4 Uhr im Freien statt. Nach Schluß dieser Vorstellung wird auch an diesen drei Tagen kein Eintrittsgeld mehr für den Besuch des Ausstellungsgeländes erhoben. —



spanischen Gewerbebetriebe ausgestellt, die nicht ohne Reiz sind und uns zeigen, daß jenseits der Berge Menschen wohnen, die auch etwas können und schon gelernt haben, als unsre lieben Vorfahren sich noch in Höhlenhöhlen wickelten. Einige Magdeburger Firmen zeigen Bau, Ernte und Verwendung von Gummi, Seide, Kaffee, Kakao, Tee und Opium wie das Opium. In dieser Ausstellung mußte man den Köstlichkeiten weiter hinhören. Indien war zu klein für die Sommer. Wenn man sich aber von der Ausstellung eine Vorstellung des kolonialen Bedenkens mit der Begründung verleiht, daß Deutschland Kolonien haben muß, um seinen Bevölkerungsüberschuß unterzubringen, darf man wohl ein großes Fragezeichen setzen. Denn wenn es den glücklichen Völkern der Kolonien unter drei Kaiserin und einem Reichskämmerer von dem Range und Rufe eines Pommer von 1888 bis 1914 nicht gelang, solche Kolonien

Neue Sperrzone in Magdeburg.

Nachdem in Odenstedt der Ausbruch der Sperrkrankheit ausserordentlich festgestellt worden ist, ordnet der Polizeipräsident auf Grund des Reichsblauschutzgesetzes und der bestehenden polizeilichen Anordnung des Ministers für Landwirtschaft, Viehwirtschaft und Jagd folgende an:

Der Stadtkreis Magdeburg bildet einen Sperrbezirk für Hunde.

In diesen Sperrbezirk sind eingeschlossen: a) Alle in dem geschlossenen Bezirk vorhandenen Hunde, auch wenn sie erst nach Anordnung der Sperrzone in diesen Bezirk eingeschleppt wurden, und nach dieser Anordnung eingeschleppt wurden.

kleine Chronik.

Den Mann im Schlaf erschlagen und im Garten vercharrt hat vor etwa 4 Jahren die 80jährige Arbeiterfrau Ruth in ...

1/2-Stunden-Regenflug. Der ostpreussische Segelflieger ...

Pöbliche Verumpfung eines Sees. Der etwa 8 Morgen ...

Bum Zuge erfasst. Auf dem Straßenübergang am Bahnhof ...

Selbstmordversuch eines Doppelmörders. Vor einiger Zeit ...

Eine berüchtigte Schachlerin. Anni Sanned, gab am Diens- ...

Unwetter in der Lausitz. Das Gelände südlich von ...

Der wolkenschattige Regen vollends gelan. Der Albrechtbach ...

Unwetter in Frankreich. Schwere Unwetter sind in der ...

Einem mittelalterlichen Raschall verübte auf dem polnischen ...

Selbstmorddepemie in Budapest. Die wirtschaftliche Not in ...

Ein englischer Patriot. Der englische Finanzminister Churchill ...

Tragödie der Arbeitslosigkeit.

Kriminalkommissar Raud vom Polizeiamt Charlotten- ...

Ich liege morgen oder heute abend zwischen 10 und ...

In diesem Briefe wird eine Tragödie angekündigt, die sich ...

In der Nacht gegen 12 Uhr wurden die Bewohner Weis- ...

Auf die Nachricht von dem grauenhaften Leiden wurde ...

Sie lag an einem Einschnitt der Geertstraße zwischen dem ...

Werk man in dem Handlocher nach Sprengkörper bewusste, wurde ...

Ammon-Gelatina ist ein sogenannter Sicherheitspflanzstoff, ...

Vereinstalender.

Arbeiter-Stenographenverband, Gruppe Magdeburg. Reichstagswahl ...

Briefkasten.

Berichtskatter Burg. Berufshulferien bereit in der Mittwochs- ...

Wasserstände.

Table with columns for location (Hamburg, Dresden, etc.), water level (Elbe, Fall Wasser), and date.

Wetterbericht.

Ausichten für Sonnabend: Zunächst ziemlich heiter, trocken ...

Warenmärkte.

Magdeburger Zuderbörse vom 3. Juni. Der Preis für Zuder ...

Berliner Produkten-Börse vom 3. Juni. Markt an der ...

(Schluß des redaktionellen Teiles.)

Advertisement for 'Koffer' (trunks) by Hugo Nehab, featuring an illustration of a trunk and text describing travel articles.

Grasverkauf. Der Verkauf der diesjährigen Grasensaatung ...

Bekanntmachung. Die Stimmzettel für den Volksentscheid ...

Bekanntmachung über die Sonnenbrunne im ...

Bekanntmachung über die Sonnenbrunne im ...

Bekanntmachung. Die Stimmzettel für den Volksentscheid ...

Large advertisement for 'Schuhhandelshof' (shoe store) featuring 'Propaganda-Verkauf!' and 'Täglich neue Käufer' with an illustration of a shoe.

Stadtratswahl im Stadtparlament.

Die Stadtverordneten-Sitzung am Donnerstag wies nur eine kurze Tagesordnung mit meist kleinen und unbedeutenden Vorlagen auf, so daß man mit einer schnellen Erledigung rechnen konnte. Es kam jedoch anders. Schon beim ersten Tagesordnungspunkt, der Wahl eines neuen besoldeten Stadtrats, verzweigte man sich in zwei Stunden. Rechtspartheier und Kommunisten führten eine jämmerliche Komödie auf, um die Wahl des sozialdemokratischen Magistratsrats Böhm zum Stadtrat zu hinterziehen. Es gelang den vereinten Kräften der Reaktionäre und Kommunisten nicht. Mit den Stimmen der Sozialdemokraten und der Demokraten wurde Genosse Böhm zum Stadtrat gewählt.

Im weiteren Verlauf der Sitzung gab es eine längere Debatte bei der Neuregelung der Bezüge der Sozialrentner. Die Kommunisten wollten in langen Reden beweisen, daß die Sozialdemokraten kein Verständnis für die Notlage der Rentner hätten, sie müßten sich jedoch vom Stadtv. Höber sagen lassen, daß ihr Vertreter Wippert zwar im Plenum recht laut werden könne, daß er jedoch im Verwaltungsausschuß des Wohlfahrtsamts bei Beratung der Vorlage sehr schweigsam gewesen sei. Das war dem Herrn nicht angenehm. Seine Erwiderung war darum auch sehr lahm.

Ihr Stedenpferd vom Sparen ritten die Leute von der Büffelaktion bei einer Mitteilung des Magistrats betr. Uebertragungen von Staatspositionen im vorjährigen Theaterhaushalt. Weil man dort an einigen Stellen mehr, an andern weniger brauchte, als im Anschlag vorgesehen, mußte die Stadtverordnetenversammlung in Kenntnis gesetzt werden. Es handelt sich nur um eine Formalität. Sie gab aber Anlaß zu den Sparrreden. Vom Degeneraten konnte mitgeteilt werden, daß die Ausgaben für das Theater im Jahre 1925 um 10 000 Mark hinter dem Voranschlag zurückgeblieben waren, daß man also gespart hat, trotz einzelner Mehrausgaben.

Alle andern Punkte wurden verhältnismäßig glatt erledigt.

Sitzungsbericht.

Mit mehr als halbtägiger Verspätung wird die Stadtverordneten-Sitzung vom Vorsteher Baer eröffnet. Die Fraktionen hatten zum Teil noch vorher Besprechungen. Unter den Eingaben ist erwähnenswert der Wunsch des Arbeitgeberverbandes für das graphische Gewerbe und der Buchdruckerinnung, den Druck des "Magdeburger Amtsblatts" nicht in städtische Regie zu übernehmen und die amtlichen Bekanntmachungen in den Tageszeitungen erscheinen zu lassen.

Schon beim ersten Tagesordnungspunkt, der Wahl eines neuen Stadtrats, gibt es eine Unterbrechung der Sitzung. Als der Vorsitzende über die Vorberatungen zu dieser Wahl berichtet, die seit einem Jahre gehen, teilt er auch mit, daß von den beiden Kandidaten, Magistratsrat Böhm (Magdeburg) und Dr. Kerstmann (Dresden), der letztere seine Bewerbung zurückgezogen habe. 161 Bewerbungen lagen im ganzen vor, von denen die Genannten ausgewählt waren.

Die Mitteilung vom Rücktritt Kerstmanns setzt die Rechtsfraktion in Erstaunen.

Stadtv. Hennige (Rechtsp.) bringt das zum Ausdruck und beantragt Unterbrechung der Sitzung.

Dem Antrage wird entsprochen. Nach kurzer Pause erklärt Stadtv. Hennige (Rechtsp.), daß es bei seiner Fraktion Befremden erregt habe, daß von dem Rücktritt Kerstmanns keine Mitteilung an die Fraktionen erfolgt sei. Seine Fraktion will nicht untersuchen, inwieweit dabei eine bestimmte Pflicht maßgebend gewesen wäre, beantragt jedoch die Wahl zu vertagen, damit seine Fraktion zur nächsten Sitzung einen neuen Kandidaten nominieren kann.

Stadtv. Klumböhm (Soz.) erwidert auf diese Erklärung, daß die Rechte zum ersten Male mitteilt, daß Kerstmann ihr Kandidat sei. Er bezweifelt, daß sie von dessen Schreiben nichts gewußt habe, zumal der stellvertretende Vorsteher Leue zur Rechtsfraktion gehöre. Der Redner bringt auch zum Ausdruck, daß nach der Vorabstimmung über die Wahl der Kandidat Kerstmann von einem Mitglied der Rechte über deren Ergebnis unterrichtet sein müsse, denn erst danach traf dessen Schreiben mit der Rücktrittsmittelung ein.

Stadtv. Kahner (Komm.) schließt sich dem Vertragsantrag der Rechte an, angeblich, um mit den Sozialdemokraten in der Zwischenzeit einen gemeinsamen Kandidaten zu finden.

Stadtv. Mann (Völkisch) meint, daß wieder jemand von den Sozialdemokraten an die Antitruppe geschoben werden soll. Da er die "feminische Eile" nicht mitmachen will, ist er für Vertagung der Wahl.

Stadtv. Schüler (Dem.) betont, daß der Gegenkandidat der Rechte nur aus politischen Gründen aufgestellt werden soll. Deshalb ist die sofortige Vornahme der Wahl nötig. Nur zureichende Kandidaten dürfen in die Vertagung.

Stadtv. Vorsteher Baer weist den Vorwurf zurück, daß er mit bestimmter Absicht den Rücktritt Kerstmanns den

Fraktionen nicht mitgeteilt habe. Das Stadtverordneten-Bureau habe von dem Schreiben Kenntnis genommen, auch der stellvertretende Vorsteher Leue, aber keiner Fraktion sei davon Mitteilung gemacht. Dazu habe er sich nicht verpflichtet gefühlt.

Der Vertragsantrag der Rechte wird dann gegen Kommunisten, Völkische und Rechtsfraktion abgelehnt.

Die Kommunisten schlagen darauf als Kandidaten den Berliner Stadtverordneten Gebel vor. Stadtv. Kahner (Komm.) versucht dieses Manöver mit der Haltung der Sozialdemokraten bei der Wahl des Präsidiums im Januar zu rechtfertigen, wo sie nach parlamentarischem Brauch einem Bürgerlichen die Stimmen gegeben hätten.

Die Völkischen erklären, daß sie bei der Abstimmung den Saal verlassen würden.

Stadtv. Hennige (Rechtsp.) führt aus, daß seine Fraktion eine weitere „vernunftgemäße“ Verhandlung bezweifelt und sich deshalb an der Abstimmung nicht beteiligen werde.

Die Zettelabstimmung ergibt, daß von 56 anwesenden Stadtverordneten 38 Stimmentzel abgegeben wurden. Davon entfielen auf den Magistratsrat Böhm 32, auf den Kommunisten Gebel 6. Böhm ist somit gewählt.

Stadtv. Klumböhm (Soz.) erklärt, daß die Sozialdemokraten nicht dumme genug wären, nur das als Vernunft zu betrachten, was die Rechte will.

Die Entschließung des Magistrats, dem von der Stadtverordneten-Versammlung bei der Beratung des Haushaltes der Feuerwehr gefassten Beschluß auf Uebernahme eines erhöhten Beitrags seitens der Stadt zur Gemeindebeamtenkassentaxe für die Feuerwehramtente nicht beizutreten, wird an die Feuerwehrdeputation zu nochmaliger Nachprüfung der Sache zurückverwiesen.

Neuregelung der Sozialrentnerbezüge.

Ueber diese Vorlage des Magistrats berichtet Stadtv. Frau Haber (Soz.). In der Vorlage sagt der Magistrat: Mit Vorlage vom 26. Februar 1926 haben wir die Stadtverordneten-Versammlung ersucht, einer Neuregelung der Bezüge der Sozialrentner insofern zuzustimmen, als auf die für Kleinrentner und Sozialrentner gleichmäßig festgesetzten Richtsätze alle Bezüge angerechnet werden sollen. In der Sitzung vom 11. März 1926 ist beschlossen worden, die Vorlage zunächst dem Verwaltungsausschuß des Wohlfahrtsamts zur Vorberatung zu überweisen. Inzwischen ist in dieser Angelegenheit durch eine Komplikation eingetreten, daß sich nämlich der preussische Minister für Volkswohlfahrt als auch der Regierungspräsident von Magdeburg mit der Frage der Unterstützung der Sozial- und Kleinrentner in Magdeburg beschäftigt haben. Es war an diesen Stellen aufgefallen, daß in Magdeburg sich die Sozialrentner in sehr vielen Fällen besser ständen als die Kleinrentner, weil den ersteren die im vergangenen Jahre vorgenommene Erhöhung der Postrente nicht auf die Richtsätze angerechnet wurde, während die Kleinrentner bei den Richtsätzen verblieben. In seiner Verfügung vom 14. April 1926 hat der Regierungspräsident angeordnet, daß auf die Richtsätze die vorhandenen Einkünfte anzurechnen und der verbleibende Betrag als Unterstützung zu zahlen sei. Der Verwaltungsausschuß des Wohlfahrtsamts hat in seiner Sitzung vom 3. Mai 1926 folgendes beschlossen: 1. Gegen die Magistratsvorlage vom 26. Februar 1926 betr. Neuregelung der Bezüge für Sozialrentner werden Bedenken nicht erhoben; 2. freiwillige Zuwendungen an Sozialrentner, insonderheit Zuwendungen von Arbeitgebern an Invaliden, bleiben bei Bemessung der Richtsätze grundsätzlich außer Anschlag, desgleichen geringfügiger Arbeitsverdienst.

Zur Vorlage liegt ein Antrag der Kommunisten und folgender Antrag der Sozialdemokraten vor:

Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, recht bald eine Vorlage über Erhöhung der Richtsätze für Sozial- und Kleinrentner sowie Hilfsbedürftige zu unterbreiten. Entsprechend dem Beschluß des Reichstags vom 14. Mai d. J. sind die Organisationen der Hilfsbedürftigen vorher zu hören.

Stadtv. Höber (Soz.) begründet den sozialdemokratischen Antrag, nachdem der Kommunist Wippert in einer längeren Rede scharfe Angriffe gegen die Sozialdemokraten vorgebracht hat. Der sozialdemokratische Redner betont, daß seine Fraktion bei den Anknüpfungsberatungen erhebliche Bedenken vorgebracht habe, daß sie jedoch bei der endgültigen Fassung der Vorlage zugunsten zustimmen mußte, um überhaupt eine Regelung möglich zu machen. Er begründet die Notwendigkeit der Erhöhung der Richtsätze und bereitet dem Kommunisten Wippert dadurch eine glänzende Abfuhr, daß er ihn auf den Widerspruch zwischen seinem beharrlichen Schweigen im Ausschuß und seiner „großen Rede“ im Plenum hinweist. Der Zweck der kommunistischen Rede konnte nur Täuschung der Öffentlichkeit sein. Magdeburg steht mit seinen Söhnen nicht an letzter Stelle. Trotzdem soll es sich an andern Städten mit höhern Richtsätzen ein Vorbild nehmen.

Bürgermeister Paul führt aus, daß in Mittel- und Ostdeutschland Magdeburg mit seinen Aufwendungen für Wohl-

fahrtspflege, auf den Kopf der Bevölkerung gerechnet, an erster Stelle stehe.

Oberbürgermeister Wetms weist darauf hin, daß die Stadtverordneten bei den Beratungen den Magistrat verpflichtet hätten, jede Ueberschreitung der Haushaltpäne zu vermeiden. Eine Erhöhung der Richtsätze würde diese jedoch nach sich ziehen. Trotzdem ist der Magistrat bereit, die Angelegenheit gemeinsam mit den Stadtverordneten zu prüfen.

Stadtv. Hennige (Rechtsp.) stimmt der Vorlage und dem sozialdemokratischen Antrag zu.

Stadtv. Wippert (Komm.) versucht sein Schweigen im Ausschuß zu verteidigen, was ihm jedoch mißlingt, da er nur behauptet, zwischen seiner jetzigen Haltung und der im Ausschuß beständige kein Unterschied. Er wird von der Versammlung ausgelacht.

Nach Annahme des sozialdemokratischen und Ablehnung des kommunistischen Antrags wird die Vorlage genehmigt.

Kleine Vorlagen.

Einem Flächenaustausch mit der Firma Otto Gruson u. Ko. wird zugestimmt.

Die Eingliederung der Drogeriefachschule in den Verband der kaufmännischen Berufsschule wird beschlossen.

Die Vermietung einer städtischen Grundstücksparzelle an der Ecke der Sudenburger Bühne und der Jordanstraße wird genehmigt.

Zu verschiedenen Beschlüssen des Besoldungsausschusses, rückgängig gemachte Rückstellungen und besondere Einfügungen von Beamtengruppen betreffend, wird die Zustimmung erteilt.

Ein Vertrag mit dem Südruchthändler Trothe wegen Ueberbauung einer Straßensfläche und die Uebernahme des Vermögens der Lemsdorfer Separationsinteressenten wird genehmigt.

Ueber eine Mitteilung des Magistrats betr. übertragbare Ausgabeansätze im Haushaltsplan der Theater und Orchester für 1926 entspinnt sich eine längere Debatte, weil die Rechtspartheier beim Magistrat Sparmaßnahmen bismüssen. An der Debatte beteiligten sich Stadtrat Fressdorf, der mitteilen kann, daß 10 000 Mark beim genannten Etat eingepart werden konnten, und Oberbürgermeister Wetms. Nach längerem vergeblichem Hin- und Herreden, bei dem die Vertreter der Rechte immer wieder behaupten, daß noch mehr gespart werden könnte, nimmt die Versammlung von der Mitteilung des Magistrats Kenntnis.

Nach Erledigung einiger Wahlfachen wird der Erweiterungsbau am Mülleischen Siechenhaus

beraten. Die Magistratsvorlage sagt darüber: Eine Erweiterung des Mülleischen Siechenhospitals ist dringend erforderlich. In den übrigen Hospitälern befinden sich häufig alte Insassen, die nicht mehr in der Lage sind, ihren eignen Haushalt auch nur notdürftig zu versorgen und die ständig Pflege und Hilfe bedürfen. Diese Insassen den Krankenanstalten zu überweisen, ist nicht angängig, da sie einer Krankenhausbehandlung nicht bedürfen. Sie müssen aber ständig gepflegt werden. Hierzu dient das Mülleische Siechenhospital. Vor allem aber ist es dringend erforderlich, die Siechen, die im Versorgungsheim untergebracht sind — zurzeit 70 — anderweitig unterzubringen.

Wenn auch gegen die Unterbringung im Versorgungsheim nichts einzuwenden ist, und besonders die Verpflegung in jeder Weise einwandfrei ist, so besteht gegen die Aufnahme Siecher in dem Versorgungsheim doch immer eine große Abneigung, weil die Anstalt eben in erster Linie ein Armenhaus ist. Außerdem werden im Versorgungsheim dringend anderweitig noch Räume gebraucht. Mit Hilfe der Hospitäläre, die noch Vermögen besitzen und mit Hilfe der Hauszinssteuer ist bereits ein Erweiterungsbau im Mülleischen Siechenhospital in Angriff genommen. In diesem Erweiterungsbau werden jedoch nur solche reiche Personen aufgenommen, die in der Stadt eine Wohnung frei machen.

Für die Unterbringung der Siechen aus dem Versorgungsheim ist ein zweiter Anbau notwendig, der nach dem Projekt des Hochbauamtes in gleicher Weise wie der schon begonnene erste Anbau ausgeführt werden soll. Die Kosten hierfür betragen 100 000 Mark. Davon sind bereits im Haushaltsplan des Mülleischen Siechenhospitals 60 000 Mark eingestellt. Im Haushaltsplan des Hochbauamtes von 1924/25 waren für den Anbau des Friedrichsbadens und im Zusammenhang damit für die Verlegung der Schulspeisungsfläche, der Unterzuchtungsämter und eines Teiles des Obdachlosenplatzes 160 000 Mark zur Verfügung gestellt. Da der Anbau des Friedrichsbadens unterlassen wurde, hat die Stadtverordneten-Versammlung in der Sitzung vom 8. Oktober 1925 zugestimmt, daß für den Bau einer Schulspeisungsfläche, die Erweiterung des Obdachlosenplatzes und als Zuzug für die Entlassungsanstalt zusammen 108 000 Mark hieran verwendet werden. Es stehen also noch 52 000 Mark zur Verfügung. Davon sollen 42 000 Mark für den Erweiterungsbau des Mülleischen Siechenhospitals verwendet werden.

Der Erweiterungsbau wird genehmigt, die Verwendung der Mittel bewilligt.

Die Lampe mit dem roten Schirm.

Roman von Otto Schwern.

(2. Fortsetzung.) (Schönme verlesen.)

Die Wand gegenüber der Eingangstür war jetzt vollständig von einem großen Wandspiegel eingenommen, dessen oberer Teil eine große Porträtbüste aus weißem Marmor trug. Vor diesem Schilde stand ein runder, schwarzer Tisch aus dunkelgebeiztem Ebenholz, auf dessen Platte eine größere Anzahl Zigarretten und Zigarren lag. Vor dem auf die Strahlen führenden Fenster stand ein ebenfalls dunkler Diplomatenstischchen. In den beiden hinteren Wänden waren gute Bilder, der Kaiser Franz Joseph, der Erzherzog Karl und der Feldmarschall Radetzki darstellend. In der dem Fenster gegenüberliegenden Querwand war ein großes Bild aus rotem Marmor, was ein geräumvolles Zimmer mit einem Schiffsmodell, einem Tisch, einem Stuhl und einem Kamin dargestellt. Das Bild war ein Gemälde von einem Maler, dessen Namen er nicht kannte, aber dessen Namen er nicht kannte, aber dessen Namen er nicht kannte.

Der Oberkommissar hatte die Einrichtung mit einem Blick, prüfenden Blick umschaut, um richtiger sich seine Augen langsam auf eine weiter im Zimmer liegende Leuchte wandte. Er trat näher, aber ohne sie zu berühren, denn während er sich halb um und sich seinen Wandspiegel an. Auch ohne eingehende Untersuchung hatte er umschwer feststellen können, daß der Mann, der in geräuschlos schwarzen Anzug vor ihm am Tisch lag, länger war.

Nach Wachenwörter Vodopovic war näher getreten, er hatte sich beständig auf die Knie niedergelassen und den Kopf des Mannes, dessen Augen an dem wächsernen gelben Gesicht glitzerten in die Höhe starrten, vorsichtig etwas vom Fußboden aufgenommen.

In dem Dunkel der Leuchte hatte eine flüchtige Blicke. Ein Teil der Schilde war getrimmter und hatte ein Gesicht freigelegt. Am Kopf, auf dem Fußboden hatte sich eine Leuchte drehend, die sich drehte.

lichen Tätigkeit an den Anblick von Leiden gewöhnt, dennoch konnte er ein Gefühl des Grauens beim Anblick dieser schweißigen brutalen Verletzung kaum unterdrücken.

„Der ist jüdisch.“ sagte er leise. „Grafisch.“ fuhr er fort, „daß es sich um ein Verbrechen handelt, das liegt wohl klar auf der Hand.“

Der Oberkommissar war inzwischen zu dem Schreibtisch getreten und hatte die Schilde flüchtig angesehen. Da sie in Ordnung schienen, wandte er sich wieder der Leuchte zu.

„Sie mögen recht haben, Vodopovic.“ sagte er. „Es scheint alles nach einem Verbrechen aus. Wir müssen unterzucht das erste Protokoll aufnehmen. Herron, ziehen Sie die Vorhänge behutsam hoch. Sie, Herr, warten einweilen bitte draußen, am besten in Ihrer Loge. Ich habe noch einige Fragen an Sie zu richten. Niemand verläßt vorerst das Haus.“ Sie, Frau Bergholzer, bleiben bitte hier. Wollen Sie näher treten. Ich brauche Sie wohl kaum darauf aufmerksam machen, daß Ihre Anträge sich streng an die Wahrheit zu halten hat. Was Sie hier deponieren, müssen Sie unter Umständen vor Gericht bezeugen.“

Die Angeredete fuhr, wie aus einem höflichen Traum erwachend, auf. Ein Schatten huschte um ihr vergrühtes, leidendes Gesicht, als sie mit wieder Stimme antwortete. „Fragen Sie, Herr Oberkommissar, was i wohl, werd i gern sagen.“ Aber entschuldigend, ich bitte schon, daß ich mich mit setzen. Ich befinde jeden Augenblick umzufallen. — Es ist schrecklich. — Entschuldig, Herr Oberkommissar.“

Auf einen Blick seines Vorgesetzten hatte der Wachenwörter Herron einen Stuhl herbeigezogen, auf dem Frau Bergholzer schwermütig Platz nahm. Vodopovic hatte es sich inzwischen am Schreibtisch bequem gemacht und wartete, einen Tintenstift in der Hand und mehrere Folgen weißes Kanzleipapier vor sich, auf den Beginn des Verhörs.

„Frau Bergholzer.“ fragte der Oberkommissar, „wie ist Ihr Vorname?“

„Minka, Maria.“ antwortete die Gefragte gepreßt.

„Sie sind Witwe?“

„Ja, wohl. Mein Gatte war der 1. und 1. Major Alois Bergholzer, zuletzt bei den Kaiserjägern in Toren.“

„Wie alt sind Sie?“

„Sechszwanzig Jahre.“

„Katholische Religion?“

„Ja, wohl.“

„Und wo sind Sie geboren?“

„In Preßburg.“

„Schön. — Sie waren Haushälterin beim Ritter von Brohaska, Frau Bergholzer, Sie haben die Leiche genau angesehen. Sind Sie in der Lage, den Toten mit Bestimmtheit zu identifizieren?“

Die Haushälterin sah dem Kommissar überrascht ins Gesicht, antwortete aber nicht.

„Ich meine.“ fuhr Wondra fort, „irren Sie sich nicht in der Person des Toten?“

„Aber ich bitte Sie — nein.“

„Nun, wer ist es?“

„Der Herr Feldmarschallleutnant von Brohaska.“

„Gut. Wie lange sind Sie schon in den Diensten des Toten, Frau Bergholzer?“

„Seit fünf Jahren.“

„Wer ist außer Ihnen noch im Haushalt des Herrn von Brohaska beschäftigt?“

„Nur Frau, das Hausmädchen.“

„Sind Herr von Brohaska allein, oder hat er noch Familie?“

„Er war Witwe, Herr Oberkommissar. Sein achtundzwanzigjähriger Sohn ist gleichfalls Offizier. Er lebt augenblicklich in Jerusalem in Galizien beim 7. Infanterieregiment. Ingerdem lebt eine verheiratete Tochter.“

„Wo?“

„In Wien.“

„Sie ist seit fünf Jahren an einem Ingenieur bei der Südbahn, namens Hoffeld, verheiratet.“

„Herr von Brohaska bewohnt demnach die Wohnung hier allein?“

„Ja. Er trat vor sechs Jahren in den Ruhestand, hatte immer die gleiche Wohnung inne, die er auch nicht aufgeben wollte, als sich Fräulein Ofska, seine Tochter, vor drei Jahren nach Wien verheiratete.“

„Daniel Rüsse hat die Wohnung?“

„Nun, das Zimmer, in dem wir uns eben befinden, ist das Wohn- und Arbeitszimmer des gnädigen Herrn. Hier rechts anschließend sein Schlafzimmer, dessen Fenster auf den Garten geht. Daneben liegt mein Zimmer, das früher die Tochter des gnädigen Herrn, Frau Ofska Hoffeld, innehatte. Nach hinten liegt noch ein kleines Fremdenzimmer, das der junge Herr Leutnant von Brohaska bewohnt, daß er auf Urlaub hierherkommt, und das Zimmer hier, vorerst noch der Kommandant, ist noch in eine Art Salon.“

(Fortsetzung folgt.)

amen Monarchen von Gottes Gnaden, darunter der Hofschleier mit seinen 30 Dienern in Holland, seinen Hund am deutschen Hof in Sicherheit bringen kann. Es muß von unsterblicher Seite alles aufgebracht werden, um die Saboteure der Volkstimmung zunichte zu machen. Es gehört in erster Linie dazu, daß jeder Wähler sich überzeugt, daß er in der Wählerliste steht, welche vom Sonntag den 6. Juni bis einschließlich Sonntag den 18. Juni im Rathaus, Zimmer 17, ausliegt, und zwar an den Werktagen von 8 bis 11 Uhr vormittags und nachmittags (ausgeschlossen Sonnabend) von 8 bis 12 Uhr, Sonntags von 10 bis 12 Uhr. Für gelbes Leben liegen die Wählerlisten in der städtischen Verwaltungsstelle in Felgeleben aus. Die Auslegungsdauer beträgt nur 8 Tage. Darum, Parteigenossen und Kollegen, fordert überall zur Einsichtnahme in die Wählerlisten auf. Wer nicht in den Listen steht, kann nicht wählen. (Siehe amtliche Bekanntmachung.)

Schönebeck. Der Unterelbtagung schuldig gemacht hatte sich der vorbestrafte Kaufmann Wilh. Str., indem er das ihm von einem Arbeiter anvertraute Material für sich benutzte und verkaufte bzw. erst lange nachher wieder zurückgab. Da der Angeklagte geständig war, kam er mit 30 Mark Geldstrafe davon. — **Glimpfliche Strafen.** Weil er seinen biffigen Hund ohne Maulkorb frei umherlaufen ließ, so daß dieser den Landwirt Karl B. aus Gisdorf beißen konnte, wurde der Handlungsmann Robert H. mit 3 Mark Geldstrafe bestraft. — Schon seit längerer Zeit besteht zwischen Schiffer Otto Sch. und den Eheleuten G. ein sehr gespanntes Verhältnis, das oft in Zwistigkeiten ausartete. Am 19. April kam es zwischen den beiden Ehefrauen wiederum zu einer heftigen Auseinandersetzung, in die sich auch die Ehefrauen einschickten, so daß eine wilde Schlägerei entstand. Dabei soll sich Sch. eines Schlagens bedient und den Eheleuten G. erhebliche Verletzungen beigebracht haben. Der Einspruch des Sch. wurde verworfen; er erhielt 6 Mark Geldstrafe. — Nach einer Bekanntmachung des Regierungspräsidenten darf vom 1. April bis 30. September an Sonn- und ersten Feiertagen Fleischfleisch von 7 bis 9 Uhr morgens verkauft werden. Die heutige Fleischvermehrung würde aber gut tun, die Sonntagsruhe nicht zu durchbrechen, sondern ihre Leben wie bisher geschlossen zu halten. — Der Verkauf der Grasnutzung auf den städtischen Wiesen findet am Freitag den 11. Juni, vormittags 9 Uhr, öffentlich meistbietend statt. Versammlungsort Bushaus. (Siehe Bekanntmachung.) — **Hebölgerungsbeziehung.** In der zweiten Hälfte des Mai fanden 11 Hebschlüßlungen statt. Geboren wurden 11 heilsche, 3 unheilsche Kinder, und zwar 9 Knaben, 5 Mädchen; davon tsgehören 2. Gestorben sind 11 Personen; zugezogen 99, fortgezogen 108, so daß sich die Bevölkerungszahl um 6 Personen vermindert hat. Sie betrug also Ende Mai 21 415.

Städtische Bauverwaltung für künftige Zwecke. Nach Artikel 17 der Reichsverfassung besteht keine Staatskirche. Jede Religionsgesellschaft ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbstständig innerhalb der Grenzen des für alle geltenden Gesetzes. Die Religionsgesellschaft verleiht ihr Leiter ohne Mitwirkung des Staates oder der bürgerlichen Gemeinde. Die Selbstständigkeit der Religionsgesellschaften erstreckt sich vor allem auch auf die geistlichen Angelegenheiten. Auf Grund vorstehender „Rechte“ müssen aber die Gemeinden doch die Zustände der verschiedenen Konfessionen an die Religionsgesellschaften zahlen. Solche Pflichten befallen auf allen „Parsonatsrechnungen“, welche die Gemeinden beschicken. Auf solchen alten Patronaten beruht es auch, wenn die Stadtgemeinde Heberleben Zuwendungen nicht nur an die Kirchen in Heberleben, sondern auch an die in Komptze, Heberleben und Gersdorfschke zu machen hat. Zusammen hat die Stadt Heberleben etwa 14.500 Mark Zuwendungen dieser Art zu leisten. Sie besitzen im Anschluß an den Gehalt der Pastoren, der Inverhaltung der Kirchen und Pfarrdienstgebäude, „Kanzelgehälter“, „Stolgebühren“ usw. Am umfangreichsten sind die Zuwendungen an die Stephankirche. Hier fallen im Ganzen 3000 Mark, in Komptze 1200 Mark, in Gersdorfschke 1200 Mark an der Kirche mit 3000 Mark sehr ins Gewicht. Die Patronschaften sind im ganzen mit rund 120 Mark veranschlagt. Die reformierten Kirche mit rund 900 Mark. Von den aussergewöhnlichen Kirchen erhält die in Komptze rund 7000 Mark. Hier handelt es sich in der Hauptsache um die Vergütung eines Pastors zum Pfarramtverhältnis. Für deutliche Unterhaltung und so weiter der Pfarrverhältnisse in Heberleben sind 2500 Mark eingestellt. Bei manchen der gesondert zu berechnenden Zuwendungen wie zum Beispiel „Waldgeld“ 50 Pf., „Schönemann“ 15 Mark, „Waldgeld“ usw. würde vielleicht einmal über eine einmalige Abklärung zu reden sein. Die Einhebung der Patronschaften hat für die Zukunft die Stadtverordneten-Versammlung abgelehnt.

Bezirk Salze-Mägerleben-Schönebeck.
Große Volksversammlungen.
Mittwoch den 9. Juni, abends 8 Uhr.
Ueberburg. Referent Rechtsanwalt Genosse Dr. Baeren. (Sprung Magdeburg).
Salze. Referent Reichstagsabgeordneter Genosse Feri (Magdeburg).
Ullshe. Referent Stadtverordneter Genosse Steinke (Magdeburg).
Donnerstag den 10. Juni, abends 8 Uhr.
Förderstedt. Referent Rechtsanwalt Genosse Dr. Baeren. (Sprung Magdeburg).
Freitag den 11. Juni, abends 8 Uhr.
Stahfurt. Referent Rechtsanwalt Genosse Dr. Braun (Magdeburg).
Eidenborf. Referent Landtagsabgeordneter Genosse Raffan (Schönebeck).
Biere. Referent Reichstagsabgeordneter Genosse Feri (Magdeburg).
Montag den 14. Juni, abends 8 Uhr.
Gr.-Rosenburg. Referent Landtagsabgeordneter Genosse Brandenburg (Magdeburg).
Alten. Referent Kaufmann Genosse Pekon (Magdeburg).
Borne-Bisdorf. Referent Provinziallandtagsabgeordneter Genosse Köber (Magdeburg).
Mittwoch den 16. Juni, abends 8 Uhr.
Grashe. Referent Kaufmann Genosse Pekon (Magdeburg).
Eggerbörf. Referent Stadtverordneter Genosse Steinke (Magdeburg).
Schönebeck. Referent Reichstagsabgeordneter Genosse Dittmann (Berlin).
Freitag den 18. Juni, abends 8 Uhr.
Abendorf. Referent Kaufmann Genosse Pekon (Magdeburg).
Felgeleben. Referent Stadtverordneter Genosse Steinke (Magdeburg).
Schönebilingen. Referent Bürgermeister Genosse Strobel (Salze).
Groß-Mühlhingen. Referent Landtagsabgeordneter Genosse Raffan (Schönebeck).
Sonntag den 19. Juni, abends 8 Uhr.
Klein-Mühlhingen. Referent Landtagsabgeordneter Genosse Raffan (Schönebeck).
Pr.-Börne. Referent Redakteur Genosse Karsten (Magdeburg).
Tagesordnung: Gegen den Raubzug der Fürsten, für das Volkswohl. Das Parteisekretariat.

Ullmar.
Röthe. Aus der Stadiverwaltung. Die Stadt baut unter großem Geldeaufwand ein neues Gebäude für die Mittelschule. Bei der Bewilligung der Baugmittel erklärte der Magistrat im vorigen Jahre den Stadtverordneten, daß dadurch die Arbeitslosigkeit etwas behoben werden sollte. Zum Beginn der diesjährigen Bauperiode forderte der Bauunternehmer Götze Maurer an. Er wollte sie aber nur befristet, wenn sie durch Unterzeichnung erklären, anstatt für den Tariflohn nur für 60 Fig. arbeiten zu wollen. Als sie das ablehnten, fand er Maurer aus entfernteren Dörfern bereit, sich seinen Bedingungen zu fügen. Jetzt erleben die Röthe Arbeiter das Schauspiel, jeden Morgen und Abend die auswärtigen Maurer durch Polizei und Gendarmen hinein- bzw. herausgeführt zu sehen. Der bürgerliche Bürgermeister und Kreisabgeordneter Frenschag hat keine Handhabe gefunden, den Unternehmer zu veranlassen, einheimische Maurer zum Tariflohn zu beschäftigen. Trotz der Erklärung vor den Stadtverordneten geht nämlich am Baubetrieb der Kaputt, Röthe Arbeiter zu beschäftigen, die nachher durch ihre Steuern die Mittelschule mit erhalten helfen. Wenn für die sorgfältige Durcharbeitung von Verträgen die Zeit der jetzigen Dürren im Stadtbureau nicht ausreicht, muß eben für die Zukunft noch eine qualifizierte Kraft mehr eingestellt werden. Im übrigen ist es bezeichnend, wie sehr Kredit über sozialer Verantwortung steht. Dem Fernnehmen nach soll der Baubetrieb zum jetzigen Tariflohn abgeschlossen und noch eine 15prozentige Lohnerbhöhung einkalkuliert sein. Trotzdem drückt der Unternehmer bei diesem Bau den Lohn. Das entspricht so recht der privatkapitalistischen Moral, ist aber als ein Vertragsbruch anzusehen. Von einer Entkräftung bei den bürgerlichen Stadtoberhäuptern darüber merkt man nichts. Soll das die Praxis des bürgerlichen „sozialen“ Programms sein? Hoffentlich merken jetzt auch die nichtorganisierten Arbeiter in Ullmar, wo sie hingehören und was sie in der Vergangenheit bei den Wahlen mit haben verschulden helfen. Die Angelegenheit für das Wahlen der Einigkeit bei den Bauern mehreren sich schon.

Sandfreise Stendal und Osterburg.
Wichtige Versammlungen.
Dienstag den 8. Juni.
Ullmar: abends 8 Uhr bei Wernede. Referent Sanikretiar Genosse Kirchhoff (Magdeburg).
Bismark: abends 8 Uhr bei Wende. Referent Landtagsabgeordneter Genosse Raffan (Schönebeck).
Mittwoch den 9. Juni.
Osterburg: abends 8 Uhr bei Behne. Referent Provinziallandtagsabgeordneter Genosse Köber (Magdeburg).
Donnerstag den 10. Juni.
Stendal: abends 8 Uhr im Altkurs Festhäfen. Referent Provinziallandtagsabgeordneter Genosse Köber (Magdeburg).
Dehmerthe: abends 8 Uhr bei Kleinort. Referent Gauferretiar Genosse Kirchhoff (Magdeburg).
Walsburg: abends 8 Uhr bei Wernede. Referent Landtagsabgeordneter Genosse Raffan (Schönebeck).
Freitag den 11. Juni.
Langerbütze: abends 8 Uhr im Adler. Referent Lehrer Genosse Daxert (Magdeburg).
Börsburg: abends 8 Uhr im Schützenhaus. Referent Parteisekretär Genosse Müller (Stendal).
Sonntag den 12. Juni.
Wesden: abends 8 Uhr im Deutschen Haus. Referent Stadtverordneter Genosse Steinke (Magdeburg).
Wesden: abends 8 Uhr bei Jange. Referentin Frau Fittorf (Magdeburg).
Seehausen: abends 8 Uhr bei Gade. Referent Arbeiterreferent Genosse Büschmann (Magdeburg).
Tagesordnung in allen Versammlungen: „Der Volksentscheid für die Fürstenentziehung.“
In zahlreichem Besuch der Versammlungen ladet ein **Sozialdemokratische Partei, Sekretariat Stendal.**
Stadtfreie Stendal.
Geld mit einem Volksentscheid! In einer gut besetzten Funktionärsversammlung legte Genosse Müller die notwendigen Arbeiten zur Propaganda dar. Alle Wahlberechtigte müssen sich genügend Eifer zeigen und die zur Verbreitung gelangenden Flugblätter ordnungsgemäß in die Wohnungen der Wähler tragen. Eine öffentliche Versammlung und eine wichtige Angelegenheit sollen stattfinden. Der ausserordentlichen Schwere der „Ullmarischen Tageszeitung“ gegen das Volk muß energisch entgegengetreten werden. Plakate für den Volksentscheid müssen aus dem Rathaus der Ullmarer hanteln. Am 8. Juni

gelangt eine Beschränkung, und für die Frauen-Wähler die „Himmels“- zur Verteilung, am 18. und 20. Juni werden die in Frage stehenden alle organisierten Kollegen der freien Gewerkschaften, der Partei und des Reichsbanners zur Wahlarbeit zur Verfügung stellen. Der Kampf wird leichter, je mehr sie gemeinsam aufbrechen. Gelfer melden sich beim Genossen Müller im Parteisekretariat.

Wert für die „Volksstimme“! Eine ganze Anzahl bürgerlicher Blätter und Blättchen steht in der Ullmar der Arbeiterzeitung entgegen. Die Haltung dieser Blätter soll angehängt neutral sein. Das stimmt nicht. Alle sind mehr oder weniger schwarzweiskrot und kämpfen nicht für die berechtigten Forderungen der Volksmassen. Die Wichtigkeit der Arbeiterpresse gerade in der Ullmar liegt darin auf der Hand. Die „Volksstimme“ zu verbreiten, ist also Pflicht jedes Lesers. Zum Volksentscheid ist sehr viel Aufklärungsarbeit zu leisten. Das muß vor allem durch die „Volksstimme“ geschehen. Wer an seinem Arbeitsplatz oder in Bekannntkreisen für unsere Zeitung agitieren will, kann Gratisnummern beim Genossen Schleener anfordern. Genossen, macht davon reichlich Gebrauch und werbt dann neue Abonnenten für die „Volksstimme“!

Zentralverband der Arbeitsinvaliden und Witwen. Versammlung am Sonntag nachmittags 4 Uhr bei Deter. Eintrittskarten zur Kontrolle mitbringen.

Reichsarbeiterporttag am Sonntag den 6. Juni. Antreten 1.15 Uhr auf dem Domplatz, Ausmarsch zum „Bürgerpark“ 1.30 Uhr. Dort sportliche, leicht- und schwerathletische Wettkämpfe, Aufführungen der Kaufleute, Tamborin-, Hand- und Fußballspiele. Einmarsch beim Lampenfchein. Festbeitrag für Mitglieder 20 Pf., für Nichtmitglieder 30 Pf. Die organisierte Arbeiterschaft soll an diesem Tage nicht nur Spalier bilden in den Straßen, sondern sich am Umzug beteiligen.

Die schwarzweiskrote Hebamme. In der Bismarckstraße gab eine junge Frau vor einigen Tagen Zwillingen das Leben. Die Familie ist aus dem Kreise Osterburg hierher gekommen und wohnt in einem sogenannten Zimmer in Ullmar. Der Mann ist arbeitslos, für die Geburt konnte nicht vorgezogen werden und auf Anordnung sollten Mutter und Kinder ins Krankenhaus übergeführt werden. Als nun die Arbeiterpartei zum Transport der Mutter und der Kinder kamen, fühlte die Hebamme Frau aus das Bedürfnis, sich an den Sozialdemokraten zu wenden. Die Schwarzweiskrote machten selbst für schlechtes Betier die Sozialdemokraten verantwortlich und schrieben ihre Sünden gern andern in die Schuhe. Leute, die politisch nicht denken können, fallen natürlich auf so etwas herein. Daran erklärt sich auch, daß die Hebamme fittgemäß und recht vorwurfsvoll fragte: Wo sind denn nun die Sozialdemokraten und sorgen hier für eine bessere Wohnung? Diese Frau weiß also nicht, daß in den städtischen Körperschaften von Stendal die Bürgerlichen die Mehrheit haben, so daß sie ihre vorwurfsvolle Frage an ihren Gemeindefreund, den Oberbürgermeister Schübe, hätte richten müssen. Wir nehmen ihr solche Verwechslung nicht übel; sie ist eben gegen Sozialdemokraten voreingenommen oder scheint zu glauben, daß die Sozialdemokraten allmächtig sind. Wir können der Frau Frau aus, die in einem der Stadt gehörigen Gebäude am Mühlengraben, in dem sie wohnt, bei jeder Gelegenheit schwarzweiskrot flaggt, nur empfehlen, sich in dieser Wohnungsangelegenheit an den Dezernenten des Wohnungsamtes zu wenden, der auch schwarzweiskrot ist. Als Verantwortlicher ist außerdem, wie gesagt, nach das Oberhaupt der Stadt da, der doch auch noch kein Sozialdemokrat ist.

Der Arbeitsspark in Stendal ist immer noch ruftlos. Der Stand der Arbeitsspark in Stendal sieht in der letzten Woche wie folgt aus: Im Bezirk Stendal Stadt wurden gezählt 854 (in der Vorwoche 885) männliche und 92 (107) weibliche Erwerbslose; im Bezirk Stendal Land 201 (226) männliche und 7 (9) weibliche Erwerbslose. Die Gesamtziffer ist von 1177 auf 1154, also um 23 Personen, gesunken. Die Zahl der Erwerbslosen auf dem Lande ist im Abnehmen, die der Stadt im Steigen begriffen.

Der Parteisekretariat selbst: Am 30. Mai, nachmittags, wurde dem Schankwirt A. ein Fahrrad aus einem unverschlossenen Stall entwendet. Karte Karber. Der Täter ist unbekannt. Am selben Tage wurde vom Hofe des Apollo-Theaters dem Arbeiter Sch. ein Rad gestohlen. Karte „Uel“ Nr. 68 496. Als Täter kommt ein junger Mann in Frage, etwa 1,60 bis 1,70 Meter hoch, 17 Jahre alt, breites Gesicht, grauschwarze Haare, hellbraune Nase. — Der Fischer S. wurde zur Anzeige gebracht, weil er sich an einem 12jährigen Mädchen vergangen haben soll.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.
Biederichs-Besuch. In der Generalversammlung wurde Kamerad F. Joch zu 1. vom ersten Vorsitzenden gewählt. Anfragen und Anmerkungen sind an ihn, Mühlengraben 20, zu richten. Zweiter Vorsitzender wurde Kamerad Köber zu sein.

Verhören. Die Vernehmung eines wegen Raubtats verdächtigten wurde, daß der Republikanische Tag am 1. Juni stattfand. In diesem Tage sind die Rabener der Ortsgruppe Barmen und Ullmar zu werden. Die Ortsgruppen verhandeln gemeinsam das Recht. Die Rabener sind im vollen Gange. Kameraden aus den umliegenden Ortsgruppen, bald dem Tag für und frei, damit die Veranstaltung durch einer vollständigen Ereignissen ausbreitung wird. Republikaner von Barmen, sorgt dafür, daß am 1. Juni aus deren Wohnungen die Rabener der Republik werden.

Schwarzweiskrote. Am 2. Juni fand eine Mitgliederversammlung bei dem Arbeiter. Die Jugend muß vor allem erkennen, daß der Parteisekretariat amwesend sein wird.

Bereine und Versammlungen.
Stenographische Vereinigung von 1897.
In der letzten Vierteljahrsversammlung gab der Vorsitzende A. Dankwort einem eingehenden Besuche über den heutigen Stand der deutschen Reichstagsarbeit. Danach sind in allen Orten gute Fortschritte zu verzeichnen, sämtliche Vereine haben sich besonders auf die weitere Fortbildung eingerichtet. An städtischen Schulen darf laut ministerieller Verfügung Kurzschichtunterricht nur noch in der Einheitschulzeit begonnen werden. Bei den Geschäftsmannschaften der Deutschen von Handelskammern befinden im laufenden Jahre bis April d. J. bereits 74 Prüfungen in Einheitschulzeit. Das erste dreijährige Bundespräsidentenwahlgesetz mit über 900 abgegebenen Stimmen wurde auch von Mitgliedern der Vereinigung mit bestem Erfolg belegt. Fortschritt und mit Forderungsworten angeordnete schlechtere Arbeiten haben ab: A. Herzsch, Ernst Jäger, sehr gute Arbeiten mit Auszeichnung. Radde, Reiter, Emil Bohn, Heinz Herrath und A. Sandwerth. Mehrmals ergaben die Vereins-Vorsitzenden ein sehr gutes Resultat. Preiswürdige und sehr gute Arbeiten wurden abgesehen von Josenhain, Heinz Herrath, Kurt Sandwerth, Ulrich Heller, Daxert. — Ausflüge und sonstige Veranstaltungen werden die Zusammengehörigkeitsgefühl und die Arbeitsfreudigkeit der Mitglieder weiter parken helfen.

Magenträmpfe.
Die Schmerzen oder Gefühle von Unbehagen nach dem Essen, wie Krämpfe, häufigeres Gefühl, Schlingel, sind in fast allen Fällen höhere Zeichen eines Leidenszustandes von Seite im Magen. Das dieses Leidenszustandes von Seite zu unterbreiten und Ihren Magen in Ordnung zu bringen, haben Sie Referent Magen ein, welche über Leidenszustände von Seite und defekt und normale und gesunde Verdauung über Referent Magen in allen Fällen in Ullmar, bei G. Pflaumenbrenn zu haben und verhalten ist. Schlingel, bei Schmerzhafte Verdauung immer sofort Entzündung. Referent Magen bei folgende Leidenszustände: Magenschwäche, 1.3. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100. 101. 102. 103. 104. 105. 106. 107. 108. 109. 110. 111. 112. 113. 114. 115. 116. 117. 118. 119. 120. 121. 122. 123. 124. 125. 126. 127. 128. 129. 130. 131. 132. 133. 134. 135. 136. 137. 138. 139. 140. 141. 142. 143. 144. 145. 146. 147. 148. 149. 150. 151. 152. 153. 154. 155. 156. 157. 158. 159. 160. 161. 162. 163. 164. 165. 166. 167. 168. 169. 170. 171. 172. 173. 174. 175. 176. 177. 178. 179. 180. 181. 182. 183. 184. 185. 186. 187. 188. 189. 190. 191. 192. 193. 194. 195. 196. 197. 198. 199. 200. 201. 202. 203. 204. 205. 206. 207. 208. 209. 210. 211. 212. 213. 214. 215. 216. 217. 218. 219. 220. 221. 222. 223. 224. 225. 226. 227. 228. 229. 230. 231. 232. 233. 234. 235. 236. 237. 238. 239. 240. 241. 242. 243. 244. 245. 246. 247. 248. 249. 250. 251. 252. 253. 254. 255. 256. 257. 258. 259. 260. 261. 262. 263. 264. 265. 266. 267. 268. 269. 270. 271. 272. 273. 274. 275. 276. 277. 278. 279. 280. 281. 282. 283. 284. 285. 286. 287. 288. 289. 290. 291. 292. 293. 294. 295. 296. 297. 298. 299. 300. 301. 302. 303. 304. 305. 306. 307. 308. 309. 310. 311. 312. 313. 314. 315. 316. 317. 318. 319. 320. 321. 322. 323. 324. 325. 326. 327. 328. 329. 330. 331. 332. 333. 334. 335. 336. 337. 338. 339. 340. 341. 342. 343. 344. 345. 346. 347. 348. 349. 350. 351. 352. 353. 354. 355. 356. 357. 358. 359. 360. 361. 362. 363. 364. 365. 366. 367. 368. 369. 370. 371. 372. 373. 374. 375. 376. 377. 378. 379. 380. 381. 382. 383. 384. 385. 386. 387. 388. 389. 390. 391. 392. 393. 394. 395. 396. 397. 398. 399. 400. 401. 402. 403. 404. 405. 406. 407. 408. 409. 410. 411. 412. 413. 414. 415. 416. 417. 418. 419. 420. 421. 422. 423. 424. 425. 426. 427. 428. 429. 430. 431. 432. 433. 434. 435. 436. 437. 438. 439. 440. 441. 442. 443. 444. 445. 446. 447. 448. 449. 450. 451. 452. 453. 454. 455. 456. 457. 458. 459. 460. 461. 462. 463. 464. 465. 466. 467. 468. 469. 470. 471. 472. 473. 474. 475. 476. 477. 478. 479. 480. 481. 482. 483. 484. 485. 486. 487. 488. 489. 490. 491. 492. 493. 494. 495. 496. 497. 498. 499. 500. 501. 502. 503. 504. 505. 506. 507. 508. 509. 510. 511. 512. 513. 514. 515. 516. 517. 518. 519. 520. 521. 522. 523. 524. 525. 526. 527. 528. 529. 530. 531. 532. 533. 534. 535. 536. 537. 538. 539. 540. 541. 542. 543. 544. 545. 546. 547. 548. 549. 550. 551. 552. 553. 554. 555. 556. 557. 558. 559. 560. 561. 562. 563. 564. 565. 566. 567. 568. 569. 570. 571. 572. 573. 574. 575. 576. 577. 578. 579. 580. 581. 582. 583. 584. 585. 586. 587. 588. 589. 590. 591. 592. 593. 594. 595. 596. 597. 598. 599. 600. 601. 602. 603. 604. 605. 606. 607. 608. 609. 610. 611. 612. 613. 614. 615. 616. 617. 618. 619. 620. 621. 622. 623. 624. 625. 626. 627. 628. 629. 630. 631. 632. 633. 634. 635. 636. 637. 638. 639. 640. 641. 642. 643. 644. 645. 646. 647. 648. 649. 650. 651. 652. 653. 654. 655. 656. 657. 658. 659. 660. 661. 662. 663. 664. 665. 666. 667. 668. 669. 670. 671. 672. 673. 674. 675. 676. 677. 678. 679. 680. 681. 682. 683. 684. 685. 686. 687. 688. 689. 690. 691. 692. 693. 694. 695. 696. 697. 698. 699. 700. 701. 702. 703. 704. 705. 706. 707. 708. 709. 710. 711. 712. 713. 714. 715. 716. 717. 718. 719. 720. 721. 722. 723. 724. 725. 726. 727. 728. 729. 730. 731. 732. 733. 734. 735. 736. 737. 738. 739. 740. 741. 742. 743. 744. 745. 746. 747. 748. 749. 750. 751. 752. 753. 754. 755. 756. 757. 758. 759. 760. 761. 762. 763. 764. 765. 766. 767. 768. 769. 770. 771. 772. 773. 774. 775. 776. 777. 778. 779. 780. 781. 782. 783. 784. 785. 786. 787. 788. 789. 790. 791. 792. 793. 794. 795. 796. 797. 798. 799. 800. 801. 802. 803. 804. 805. 806. 807. 808. 809. 810. 811. 812. 813. 814. 815. 816. 817. 818. 819. 820. 821. 822. 823. 824. 825. 826. 827. 828. 829. 830. 831. 832. 833. 834. 835. 836. 837. 838. 839. 840. 841. 842. 843. 844. 845. 846. 847. 848. 849. 850. 851. 852. 853. 854. 855. 856. 857. 858. 859. 860. 861. 862. 863. 864. 865. 866. 867. 868. 869. 870. 871. 872. 873. 874. 875. 876. 877. 878. 879. 880. 881. 882. 883. 884. 885. 886. 887. 888. 889. 890. 891. 892. 893. 894. 895. 896. 897. 898. 899. 900. 901. 902. 903. 904. 905. 906. 907. 908. 909. 910. 911. 912. 913. 914. 915. 916. 917. 918. 919. 920. 921. 922. 923. 924. 925. 926. 927. 928. 929. 930. 931. 932. 933. 934. 935. 936. 937. 938. 939. 940. 941. 942. 943. 944. 945. 946. 947. 948. 949. 950. 951. 952. 953. 954. 955. 956. 957. 958. 959. 960. 961. 962. 963. 964. 965. 966. 967. 968. 969. 970. 971. 972. 973. 974. 975. 976. 977. 978. 979. 980. 981. 982. 983. 984. 985. 986. 987. 988. 989. 990. 991. 992. 993. 994. 995. 996. 997. 998. 999. 1000.

